

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Bildern und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardgröße 70 Pfennig, Restamtszeit 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pfennig (auflage zwei feinedruckte Worte).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 18. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Jarres und die Beamten.

Der Vater des Reinstundentages.

Was viele im Laufe eines Jahres vergessen haben, ist wert, in die Erinnerung gerufen zu werden. Herr Jarres, der jetzt von den jungen Leuten der Schwerindustrie und von Killinger als „Mann des sozialen Fortschritts“ gepriesen wird, ist der Vater des Reinstundentages für die Reichsbeamten.

In Preußen hat ein wirklicher Mann des sozialen Fortschritts 3 1/2 Jahre lang das Staatsschiff gelenkt, und dieser Mann heißt Otto Braun. Als er von Jarres aufgefordert wurde, ebenfalls sozialen Rückschritt statt Fortschritt zu begehen, hat er sich mit aller Entschiedenheit gewehrt.

„Ich gehe mit der Reichsregierung darin einig, daß die furchtbare Not unserer Zeit die völlige Ausschöpfung der Arbeitskraft der im Dienste des Staates stehenden Beamten und Angestellten erfordert.“

„niemals durch eine schablonenhafte Festschreibung der Dienstzeit erreicht werden, die die Verschiedenartigkeit der Anforderungen naturgemäß nicht berücksichtigen kann.“

„Ich befürchte daher, daß die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung in der durch die unzulängliche Besoldung ohnehin stark beunruhigten Beamten- und Angestelltenenschaft neue Mißstimmungen auslösen wird.“

„Auf den jetzigen Präsidentschaftskandidaten der Rechtsparteien, Jarres, ist dieser Brief ohne jeden Eindruck geblieben. Er hat den Reinstundentag im Reich aufrechterhalten und ein gewisses Mißverhältnis zwischen den Reichs- und preussischen Staatsbeamten trotz der ernstesten Bedenken bestehen lassen.“

„Jarres wählen heißt deshalb jenes System anerkennen, das er als Reichsminister des Innern vertreten und teilweise durchgeführt hat: Sinnlose Ausbeutung der Beamtenschaft ohne entsprechende Gehälter, sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie!“

„Das Gegenteil trifft auf den Kandidaten der Sozialdemokratie Otto Braun zu. Der am Silvesterabend 1923 geschriebene Brief Brauns spricht für das innere Empfinden dieses Mannes, der unter Pflichterfüllung nicht Ausbeutung versteht und der jedes Pflichtbewußtsein im Interesse des Staates auch anerkannt wissen will.“

„Jeder fortschrittliche Beamte wählt deshalb nicht den Kandidaten des Bürgerblocks, sondern tritt ein für die Kandidatur Otto Braun!“

Killinger auf freiem Fuß!

Der Mörderfreund wartet auf Jarres' Gnadenakt!

Am Schlusse der Dienstagssitzung des Reichstages trug der demokratische Abg. Brodauf folgendes vor:

Nach einer Meldung Berliner Mütter sei der Aufruf des sogenannten Reichsblochs zur Präsidentschaftskandidatur des Herrn Jarres auch von dem Kapitänleutnant v. Killinger, dem Führer des Killinger-Bundes, unterschrieben.

Mörder Erzbergers, Schulz und Tilleßen, unter Killinger tätig gewesen seien und die Organisation Consul die Atmosphäre geschaffen habe, aus der die Mordtat erwachsen sei.

Reichsjustizminister Frenken antwortete, daß tatsächlich v. Killinger keine Strafe noch nicht angetreten habe.

„Dadurch wird also zugegeben, daß der Killinger einen Aufruf für Jarres unterzeichnet, von dem er hofft, daß er Reichspräsident werde und dann ihm, dem Scheinbündler und Mörderfreund, die Begnadigung verschaffe!“

„Eine Hand wäscht die andere, denkt Killinger. Denkt auch Jarres so, daß er einen Mörderfreund und begnadigen würde, der für ihn einen Wahlauftrag unterzeichnet hat?“

Jarres-Mannen.

„Vaterländische“ und Wiking-Bund.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands nahmen in einer Vertretertagung einstimmig für die Kandidatur Jarres Stellung. Nachdem Freiherr von Bietlinghoff-Schoel gegen den Sicherheitspakt gesprochen und Dr. Otto Kriegl vom Reichsbund, sowie Professor Freiherr von Freytag-Loringhoven sich eingehend über die bevorstehende Präsidentschaftswahl verbreitet hatten, konnte General Graf von der Goltz nach kurzer Debatte feststellen, daß sämtliche auf der Tagung vertretenen angeschlossenen und befreundeten Vaterländischen Verbände einstimmig bereit sind, sich für die Kandidatur Jarres in nachdrücklichster Weise einzusetzen.

Der geleimte und zersprungene Rechtsblock.

Nachdem die Bayerische Volkspartei und die Deutschhannoveraner aus der Front der Einheitskandidatur ausgebrochen sind, hat jetzt die Wirtschaftspartei durch ihren Reichsausschuss mit Tränen über das Mißlingen der Gelehrtenkandidatur beschloßen, ihren Wählern zwar die Unterstützung Jarres' zu empfehlen, aber sich für den zweiten Wahlgang alles weitere vorzubehalten!

Dafür aber hat Jarres den Trost, daß sich der Jungdo, die Gemeinshaft der Sechzehnjährigen, für ihn ausgesprochen hat, nachdem Seedt ihn abblitzen ließ!

Keine Regierungserklärung.

Marx berät mit seiner Partei.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: „Auf Grund der in den letzten Tagen mit allem Nachdruck fortgesetzten Unterhandlungen, die sowohl mit den Parteien wie auch mit einzelnen für die Kabinettsbildung in Betracht kommenden Persönlichkeiten geführt worden waren, bestand große Wahrscheinlichkeit dafür, daß Ministerpräsident Marx am Mittwoch nachmittag imstande sein werde, dem Landtag ein Kabinett vorzustellen, das alle Aussicht hatte, die Billigung der Mehrheit des Hauses zu finden.“

Die Rechtsparteien, als deren Sprecher der deutsch-nationale Abgeordnete Windler auftrat, wollen also abermals das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung verhindern. Der Hinweis auf die Kandidatur Dr. Marx für den Posten des Reichspräsidenten ist natürlich ein neuer Erpressungsversuch gegen das Zentrum, das mit allen Mitteln mühe gemacht werden soll.

Die Rechtsparteien, als deren Sprecher der deutsch-nationale Abgeordnete Windler auftrat, wollen also abermals das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung verhindern. Der Hinweis auf die Kandidatur Dr. Marx für den Posten des Reichspräsidenten ist natürlich ein neuer Erpressungsversuch gegen das Zentrum, das mit allen Mitteln mühe gemacht werden soll.

Sicherheitspakt im Völkerbund.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Einstellung Deutschlands zum Völkerbund hat, seit dem sein während der Friedensverhandlungen erhobenes Verlangen nach unmittelbarer Zulassung von den Siegerstaaten abgelehnt worden war, verschiedene Phasen durchlaufen. Zunächst die der fast unbedingten Ablehnung. Sie war psychologisch durchaus verständlich.

„Erst ganz allmählich brach sich eine andere Auffassung Bahn. Man begann die Nachteile des Draußenstehens zu erkennen, und insbesondere die Linke beschäftigte sich mit der Frage, ob nicht manche Dinge eine bessere Wendung für Deutschland nehmen würden, wenn es in ständiger und enger Berührung mit den übrigen europäischen Mächten stehe und als Mitglied der Völkerbunderversammlung und eventuell des Völkerbundes seine Wünsche und Beschwerden unmittelbar vor den Ohren der anderen geltend machen könne.“

„Boraussetzung blieb allerdings, daß die anderen uns haben wollten. Über darüber konnte seit der letzten Völkerbundstagung im September 1924 kein Zweifel mehr bestehen.“

„Das Kabinett fand sich der geöffneten Tür gegenüber nicht ohne weiteres zurecht, und die Unsicherheit wurde durch die tragikomischen Mißverständnisse gesteigert, die sich aus der Zusammenkunft zwischen den deutschen Regierungsvertretern und dem englischen Völkerbundsminister Lord Parmoor während der Londoner Konferenz ergeben hatten.“

„Die Hauptgewicht lag auf den Fragen eins und zwei. Die Mächte, an die das Memorandum gerichtet war, sicherten alle den ständigen Sitz im Räte zu, aber was den Artikel 16 betraf, stellten sie sich auf den Standpunkt, daß für Deutschland keine Ausnahme gemacht werden könne.“

„Was besagt der Artikel 16? Er verpflichtet die Bundesmitglieder mit dem Staat, der vom Völkerbund als Friedensbrecher angesehen wird, unverzüglich alle Handels- und finanziellen Beziehungen abzubauen.“

„Demgegenüber verweist die deutsche Regierung auf die Entwaffnung ihres Landes, in deren Folge sie großen Gefahren von Seiten des „Friedensbrechers“ ausgesetzt werden können, wenn sie irgendwelche Maßnahmen gegen ihn ergreife.“

Die dabei in erster Linie einen Konflikt mit Rußland denkt. Mit demselben Rußland nebenbei, mit dem sie eben durch den Rapallo-Vertrag freundschaftlich verbunden ist. Diese Bedenken lassen sich begreifen. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch Verständnis dafür haben, daß der Völkerverbund für keine seiner Mitglieder eine Ausnahme machen kann, und das ist es, was in der letzten Note noch einmal ausdrücklich betont wird. Doch die Note fügt auch noch einmal hinzu, daß die Art der Beteiligung an den militärischen Operationen je nach der militärischen Lage der Mitgliedstaaten verschieden ist. Ueber den Umfang der wirtschaftlichen Maßnahmen entscheiden die Mitgliedstaaten selbst, aber sie haben dann, wenn eine Aktion auf Grund des Artikels 16 eingeleitet wird, nicht mehr das Recht, sich der Beteiligung zu entziehen.

Diese authentische Interpretation des fraglichen Artikels zerstreut die erhobenen Bedenken sicher nicht, aber schon ihr freundschaftlicher, ja beinahe herzlicher Ton müßte die deutsche Regierung veranlassen, noch einmal sehr ernstlich zu prüfen, ob die Befürchtungen schwerer wiegen als die Vorteile, die von dem Eintritt in den Völkerverbund zu erwarten sind, und nach unserer Meinung kann die Entscheidung nur zugunsten des Anschlusses fallen.

Das praktisch gesehen im Falle eines Streites zwischen den Westmächten und Rußland das außerhalb des Bundes stehende Deutschland zur Duldung von Rußland feindschaftlichen Handlungen gezwungen werden könnte, mag außer Betracht bleiben. Aber es liegt doch auf der Hand, daß die Gefahr eines Friedensbruchs von Seiten der Sowjetmacht und damit die Hineinziehung Deutschlands in einen Krieg um so geringer wird, wenn Deutschland dem Völkerverbund beiträgt und dort auch Sitz und Stimme im Rate erhält. Und wenn vielleicht Rücksichten auf die Empfindlichkeit Rußlands mitsprechen, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob die mehr oder weniger platonische Freundschaft dieser Macht uns nützlicher ist als das gleichberechtigte Zusammenarbeiten mit den übrigen europäischen Staaten. Wir verneinen sie und verlangen, daß dem Säumen jetzt ein Ende gemacht wird. Das um so mehr, als sich die Regierung sagen muß, daß der von ihr vorgeschlagene Sicherheitspakt nur Aussicht auf Verwirklichung hat, wenn Deutschland dem Völkerverbund angehört. Solange es zögert, wird man die deutschen Anregungen mit Mißtrauen betrachten, und gerade die Berufung auf den Artikel 16 gibt denen ein — wenn auch objektiv falsches — Argument in die Hand, die die von Deutschland gewünschte verschiedenartige Behandlung der westlichen und östlichen Grenzprobleme als Bemittel für seine bösen Absichten gegenüber Polen auslegen. Sicherheitspakt und Völkerverbund, oder besser gesagt Sicherheitspakt im Völkerverbund ist das einzige Mittel zur politischen Beruhigung Europas und zur Herstellung eines dauernden befriedigenden Verhältnisses zu Frankreich. Gleichzeitig auch die einzige Möglichkeit für die Schaffung einer wirklichen Gleichberechtigung der Völker innerhalb des europäischen Kontinents.

Und der Widerstand der Deutschnationalen? Niemand zweifelt mehr daran, daß sie bereit sind, über den breiten Graben des Sicherheitsvertrages zu springen und damit den Verzicht auf Elsas-Lothringen und Eupen-Malmédy auszusprechen. Sie werden sozusagen den Vertrag von Versailles noch einmal unterschreiben. Wenn sie dieser Widerspruch zu der in der Opposition eingenommenen Haltung nicht genügt, dann wird die Ueberredungskunst des Herrn Sirese man n, die ja stark genug war, sie von der Notwendigkeit der Kandidatur Jarrés zu überzeugen, auch ausreichen, ihren Widerstand gegen den Völkerverbund zu überwinden.

Das Arbeitsamt des Völkerverbundes behandelt, wie unser Genfer Berichterstatter drahtet, augenblicklich mit der deutschen Regierung wegen der Zahlung der rückständigen 600 000 Franken Verträge. Die deutsche Regierung möchte diese Zahlung von der Erhöhung der Zahl deutscher Beamten im Arbeitsamt und von Zusicherungen über den Gebrauch der deutschen Sprache als Amtssprache abhängig.

Vergangenheit / Gegenwart / Zukunft.

Im Theater des Westens" tanzte Sonntag mittag die Karapina, neben Anna Pawlowa die letzte große Repräsentantin einer Kunst, die der Vergangenheit angehört. Eine Reiterin in allen Künsten des Ballets: in virtueller atrobatischer Technik, in sinnbetörenden Schönton, im schauspielerisch pantomimischen. Aber ihre Technik ist heute nicht mehr auf der alten Höhe. Sie ist ausfallend matt und rostig geworden, seit ich die Karapina das letzte mal sah. Auch die sinnlichen Reize, die von ihrem Tanz ausgehen, nehmen ab, sobald eine gewisse Altersgrenze überschritten ist. Das Schauspielerische aber ist noch immer stark und es wirkt sympathisch durch den persönlichen Zug des Lebenswunders, ich möchte sagen Frischheit. Die neuen Tänze, die die Karapina zeigt, sind offenbar mit Rücksicht auf die zunehmende technische Schwäche der Tänzerin komponiert und das kleine Ballett „Midiätsche Enttäuschung“, das den Mittelpunkt der Tänze bilden sollte, blieb farblos und monoton. Der Partner Wladimiroff glänzte wieder in himmelhohen Drehsprüngen und Entschäts.

Aus dem Theater des Westens" ging in die Philharmonie, wo der Bezirksbildungsausschuß Großherzogin Sophie, „Tänze nach moderner Kunst“ durch Max Terpis und die Sterne des Staatsopernballetts vorführen ließ. Terpis selber, der Wigman-Schüler, hervorragend im künftigen Rathaus einer Parade und in einem stützenden kompositionell leider nicht einheitlichen „Tanz in Rot“. Harold Kreutzberg blendend und mit Recht bejubelt in einer geistreichen, mit tanztechnischem Schmiss ausgeführten Walzerparodie. Elisabeth Grube, die auf dem Entwicklungsgange zum modernen Stil sicher fortgeschritten, hat ihrer „Here“, seit ich sie das letzte mal sah, mehr leibliche Kraft und Formarbeit gegeben und weiß technische Details des Balletstils (zum Beispiel die prächtige Pirouette in der „Here“) mit den Wirkungen des modernen Stils geschickt zu verschmelzen. Daß der Epilomb namentlich bei einigen abschließenden Bewegungen zuweilen verlagte, lag wohl an der rüchlichen Stätte des Podiums. Der echt tänzerische Humor des „Schlendrians“, den die Grube als Duett mit Kreutzberg tanzte, tat seine nie verlassende Wirkung. Dorothea Albu, in einem Ballet nicht fesselnd konturen- und erfindungsreich, emittierte starkes Temperament und glänzende Technik im „Spanischen Tanz“. Ilse Casner, eine junge Hochtänzerin ohne Balletterfahrungen, der die persönliche Note noch mangelt, fiel durch solide Gestaltung und natürliche Frische angenehm auf. Die Ensembletänze nach meist etwas banalen Motiven und in oft zu lockerer Fügung wirkten besonders durch humoristische Effekte. Das Programm war geschickt zusammengestellt: Keine schwere Kost, sondern Gaben, die auch denen etwas sagten, die der neuen Tanzkunst noch fern stehen. Daher starker Beifall des vollbesetzten Riesensalles.

Auf der Hygiene-Wesle, die längst im Haus der Kunstindustrie stattfand, wurden Filmaufnahmen gezeigt, die das kinematographische Institut der Charité nach modernen rhythmisch-gymnastischen Übungen und nach Tänzen hergestell hat. Gymnastik der Menschlichen und Bodischen Methode,

„Die Sonderbesteuerung der Bergarbeiter.“ Das Reichsfinanzministerium hat die Nachbesteuerung inibiert.

Zu unserer Notiz „Die Sonderbesteuerung der Bergarbeiter“ wird durch Wolffs Bureau folgende Erweiterung verbreitet:

Eine Berliner Zeitung verbreitet die Nachricht, daß von den Bergarbeitern der ehemaligen Reichsgruben die Nachzahlung der Lohnsteuer verlangt würde, die ihnen während der Zeit des Regiebetriebes nicht abgezogen worden ist. Es wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß das für die Reichsgruben in Betracht kommende Bundesfinanzamt Münster bereits durch eine Verfügung vom 11. Februar Anweisung erteilt hat, die bei den Reichsgruben beschäftigten Arbeiternehmer steuerlich ebenso zu behandeln, wie die bei der Eisenbahnregie beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer, also von einer nachträglichen Besteuerung des an die Reichsgrubenarbeiter gezahlten Lohnes abzusehen. Diese Verfügung hat das Reichsfinanzministerium durch einen Erlass vom 13. März 1925 ausdrücklich gebilligt und dabei angeordnet, daß auch bereits etwa angeforderte Beträge nicht einzuziehen werden sollen.

Wir nehmen davon Kenntnis, daß es sich bei der Nachbesteuerung von Bergarbeitern nur um Uebergänge einzelner Finanzbehörden gehandelt hat, die dann von dem Reichsfinanzministerium korrigiert wurden.

Kennzeichnend für den Geist, der an gewissen Stellen der Finanzverwaltung herrscht, ist es immerhin, daß man ohne Rücksicht auf die soziale Not der Bergleute daran gedacht hat, die Steuern einzutreiben und dementsprechend auch die Mahnittel hinausgehen ließ, obwohl man wußte, daß der Großindustrie gewaltige Steuerbeträge erlassen worden sind. Eine Rücksicht auf die vorgelegte Behörde wäre zum allermindesten am Platze gewesen angesichts der aufreizenden Wirkung, die diese nachträgliche Steuereintreibung haben mußte. Angebracht wäre es daher, daß das Reichsfinanzministerium die ihm untergeordneten Stellen, die jedes Verständnis für die soziale Lage der Steuerzahler vermissen ließen, zur Rechenschaft zieht.

Barmat-Abbau.

Kautionsrückzahlung an Ministerialdirektor a. D. Raub.

Die HS-Korrespondenz meldet: Wie erinnerlich, war gegen den in Zusammenhang mit der Barmat-Affäre verhafteten Ministerialdirektor a. D. Raub vor einiger Zeit der Haftbefehl suspendiert und Raub gegen eine Kaution von 50 000 M. auf freien Fuß gesetzt worden. Auf Antrag von Justizrat Broner ist nunmehr die vollständige Aufhebung des Haftbefehls gegen Raub verfügt und diesem die gestellte Kaution in voller Höhe zurückgezahlt worden.

Was gegen Barmat nun eigentlich vorliegt, weiß immer noch kein Mensch. Die Ständepropaganda hat sich jetzt gründlich eingelassen, daß man wohl aus diesem Grunde damit rechnen kann, daß der Verfallungsabbau bald auch auf die Barmats ausgedehnt wird. Oder soll das Ergebnis der Präsidentschaftswahl doch noch abgewartet werden?

Schlechter Taa für die Skandal-Erzeuger.

Robert Schmidt im Preussenausschuß.

Ebenso wie bereits vorher im Untersuchungsausschuß des Reichstages hat Genosse Robert Schmidt im preussischen Ausschuss als Zeuge den deutschnationalen Ständefabrikanten eine gehörige Schlappe beigebracht, indem seine scharfen und klaren Auslagen das ganze Bürgertum der Reichspresse über die Barmat-Verfälschungen an das Reich gründlich zerrissen. Wichtige Befreiungen und Ergänzungen seiner Befreiungen brachte auch die Vernehmung des Direktors Pritschow vom einstigen „Diktatorischen Ausschuss“, der den Schwund des Barmatschen „Mauzols“ für Festeinfuhr mit der ziffernmäßigen Feststellung verführte, daß der Barmatsche Anteil an den Verfallungen für das Reich nicht einmal 1 Proz. des Gesamtbedarfs betragen hat.

Weider geht der glänzende und überzeugende Eindruck der Schmidt'schen Auslage nur sehr mangelhaft aus dem Sitzungsbericht des Nachrichtenbureaus des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger hervor, auf den die Presse schon aus technischen Gründen angewiesen ist. War dieser Bericht in den ersten Sitzungen im großen und ganzen richtig und objektiv, so ist er seit einigen Tagen und besonders am gestrigen Tage von einer erschreckenden Oberflächlichkeit und Unrichtigkeit. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden, zumal die Reichspresse sowieso nur das aus den Berichten bringt, was ihr gerade in den Kram paßt.

Eine Skizze der Zeugnisaussagen Schmidts erregte lebhaftes Interesse: als nämlich der Deutschnationale Rönnecke auf eine Ministerliche Ausfuhr von militärischen Lebergegenständen ins Ausland zu sprechen kam und den Zeugen Schmidt streng fragte, ob er denn nicht gewußt habe, daß eine solche Ausfuhr den Verfaller Abstützungsbestimmungen zuwiderläufe, antwortete Schmidt trocken: „Als Sozialdemokrat stehe ich vielleicht nicht so grundsätzlich wie Sie auf dem Standpunkt, daß die Verfaller Bestimmungen so rigoros eingehalten werden müssen...“

Unter härmlicher Heiterkeit des gesamten Ausschusses mußte der Deutschnationale Rönnecke diese Abfuhr einstecken.

Wie sie verleumdete.

Genosse Hermann Müller hat den „Hamburger Nachrichten“ folgende Berichtigung zugesandt:

Wie ich aus einem mir übergebenen, der Nr. 112 der „Hamburger Nachrichten“ vom 7. März 1925 entnommenen Zeugnisausschnitt ersehe, besitzt die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ die Unversämtheit, meine Zeugnisaussagen vor dem Reichstagsuntersuchungsausschuß anzuzweifeln.

Das geschieht, indem in der betreffenden Notiz Lüge an Lüge geknüpft wird. Ich soll ein glänzender Diners und einem Empfangsabend im Hotel des Pans Vos und im Heime Barmats zu Amsterdam teilgenommen haben.

Ich stelle fest, daß ich auf Einladung Barmats weder im Hotel des Pans Vos, noch im Heime Barmats jemals an einem Diner teilgenommen habe.

Es wird weiter behauptet, ich habe im April 1920 bei Barmat gemohnt. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich im Jahre 1920 überhaupt nicht in Holland gewesen bin und auch zu anderer Zeit nie im Hause Barmats gemohnt habe. Deshalb habe ich auch nie auf Grund von Mitteilungen des verstorbenen Abgeordneten Hue Wohnung im Hotel Fleißig genommen.

Ungünstige Berichte über Barmat sind mir in der deutschen Presse, z. B. „Berliner Volkszeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Neuzzeitung“ im Laufe der Jahre zu Gesicht gekommen. Barmat hat in diesen Fällen die betreffenden Blätter verklagt, und sie haben jedesmal den Rückzug angetreten. Das habe ich vor dem Untersuchungsausschuß auch ausgelegt. Zu diesen Blättern gehörten übrigens auch die „Hamburger Nachrichten“, die, als sie vor drei Jahren von dem Rechtsanwalt Barmats, Herrn Siegbert Böhm in Berlin, eine geharnischte Erklärung erhielten, de- und wehmütig den Rückzug antraten.

Hermann Müller.

Halle und die Kommunisten.

Sie schwänzen wie gewöhnlich.

Die Kommunisten haben am Dienstag im Reichstag eine große Interpellation über die Vorgänge in Halle eingeleitet. Als am Schluß der Sitzung darüber abgestimmt wurde, ob die zu den Vorgängen in Halle eingebrachten Anträge auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung gesetzt werden sollen, waren von den 45 kommunistischen Abgeordneten antwortend — ganze sechs. So gering ist das Interesse der kommunistischen Abgeordneten an den Vorgängen in Halle in Wirklichkeit.

Die Zerbröckelung der tschechischen kommunistischen Partei schreitet fort. Am Montag hat auch Abg. Tausch sein Mandat niedergelegt, weil er sich den Moskauer Befehlen nicht mehr fügen will.

balbkünstlerische Vorführungen der Lobländer und der Dalcroze-Schule, Gruppentänze der Berliner Loban-Hilale (Herta Feiji) und der Wigman-Schülerin Bartolomé Triump. Solange wir eine allgemein brauchbare Tanzschrift nicht besitzen, bleibt der Film das einzige Mittel zur Fixierung und Konzentration rhythmischer Bewegungen. Aber auch wenn die erlebte Tanzschrift geschaffen ist, wird der Tanzfilm seine Bedeutung behalten. Die Schrift gibt Grund und Aufbau der Komposition, der Film die individuelle Gestaltung. Lieber Wesen und Ziele der verschiedenen rhythmisch-gymnastischen Systeme unterrichtet eine kinematographische Vorführung, die das Charakteristische herausgreift, gewiß rascher und sicherer als eine theoretische Auseinandersetzung. Auch der künstlerische Tanzfilm gibt dem Zuschauer Aufschlüsse über die Natur des Originaltanzes, nach dem er gedreht wurde. Einen Kunstgenuss aber bietet sein Anblick nicht. Er könnte ihn vielleicht bieten, wenn die Tanzkomposition von vornherein auf die Bedürfnisse des Films eingestellt wäre. Dieser Weg ist denkbar. Auf ihm läme man auch zu Kunsttänzen, über die der Bühnentanz nicht verfügt. Ein solches Mittel ist z. B. die Zeitlupe. Das langsame übertriebene Ausschweben und Wandeln durch die Luft, die majestätische Größe der Bewegung im Schreiben und im niedersinkenden Zusammenfallen, wie die Aufnahme der Zeitlupe sie zeigen, enthalten künstlerische Ausdruckswerte, die man kristallisieren könnte. Die Tanzfilme der Hygiene-Wesle gewähren auch nach dieser Richtung manche Anregung für die Zukunft. Dr. Hilker, einer der besten Kenner der modernen rhythmisch-gymnastischen Schulen, begleitete die Vorführung mit erläuternden Worten. Ständebewerke hatte die Zensur zahlreiche Widertreiben gefürdet. Von wegen Stillsitzens.

John Schiltowst.

Zwei aus dem Proletariat. Bruno Schönank und Karl Bröger lösen im Rathaus auf Veranlassung der Volksbühne. Mit dem Erfolg sind sie gewiß zufrieden. Wann war wohl je sonst ein Publikum so andächtig von Anfang bis Ende? Zuerst sprach Schönank Kriegsgebichte, dann einiges aus seinem Chorwerk „Großstadt“, wobei die dramatische Gestaltung dem ungeheuren Vorwurf nahekommt, ferner April voller Innigkeit und Größe, wenn schon sprachtechnische Mängel beim Vortrag hier wieder vieles zerstörten. In der Wirkung wurde jedenfalls mit zwei der unvergleichlich reißvollen Großstadtmärchen, die man jedem Arbeiterkind in die Hand drücken sollte, alles andere weit übergipfelt: Die verfallenen Städte“ gefiel besonders. Hier bestand keinerlei Disharmonie zwischen Inhalt, Idee und Gestaltung, hier sollte Schönank nicht aufhören zu schaffen. Heil dem ewigen Kinde in ihm! — Nachdem in der Pause der gut besetzte Bühnenraum von den zahlreichen Besuchern reichlich belagert und reichlich verkauft worden war, was erfreulich und ermunerndwert ist, las Karl Bröger. Der ist im Ernst erdhafter und ungehemmter, aber auch nicht ganz so feinsinnig wie Schönank. Uebermäßig lang dennoch in allem das harte Lied der Arbeit, auch die stimmungsvolle Weise vom „Heil im Edgatten“ ist die Hörer hin. Sehr schön sind ferner die „Wiergen Rothelber-Legenden“ in ihrer höchst künstlerischen Vereinnahmung von Inhalt und Tiefe; so schön sind sie, daß ich sie erstand, um in der Stadtbahn sie prompt dann liegen zu lassen. Frand sie etwa zufällig ein „Vormärts“-Leder, der sie selbst schon kennt, schick er sie doch bitte an Erich Gottgetreu.

Der Männergesangverein „Nomenlos“ hatte sich für sein Konzert die Mite Garisontstraße gewählt und lang da am Sonntag gegen Abend. Ort und Zeit konnten einer regen Aufnahme seiner Kunstleistungen nicht günstiger sein. Eine stille Dämmerstunde in einem solchen Raum findet offene Gemüter, empfängliche Seelen. Mit schönem Klang und einer ruhigen Art der Wiedergabe lang der Chor unter Emil Ehlo eine Reihe von Kompositionen Hegars, Mendelssohns, Trunts u. a., die der Grundgedanke „Empfinden eines einsamen Wanderers an einem Sommerage“ zusammenheilt. Es war eine in vielen Teilen schöne Chorleistung, die da zustande kam, wenn auch vielleicht die eine und die andere Kleinigkeit einer weiteren Poltur bedürfte, z. B. der Schluß des Schubert'schen „Der Entseferten“, der in der Intonation noch nicht makellos gielte. Die Kompositionen, die das Vokalensemble (Ehlo, Wilp, Käthe Kulich, Irmgard Kühle) sang, gingen mit dem Leitgedanken des Programms nur noch lose zusammen. Doch wurden alle die Längste mit der hier schon einmal gewürdigten Art stiller Behandlung, einer vorbildlichen Weise des Zusammenwirkens und einer maßvollen Art des Erlählens wiedergegeben. Die Begleitung Otto Friebe war im ersten Stück zu grob, ebenso wie in den Violinsachen, die Gerhard Rybafowski mit sinnlichem Klang und einer dabei ruhigen Art der Auffassung spielte. Die beiden ersten Stücke freilich waren ein wenig viel bebende G-Saite. Zum Anfang spielte Otto Friebe mit viel Temperament, seiner Wädung und außerordentlicher Klarheit ein größeres Werk Burtehdobes. Ein (zu seiner Ehre sei es gesagt nur kleinerer) Teil der Zuhörer sollte so etwas nicht als einleitendes Geräusch auffassen. Das Ganze war wohl im Sinne dieser eine ruhige und innerlicher Sammlung dienende Feierstunde.

E. G.

Vortragsabend Ernst Friedrich. „Kunst als Waffe im Befreiungskampfe“ lautet die Parole dieser meist im Berliner Rathaus stattfindenden Vortragsabende, die mit den „Politischen Bilderbogen“ eröffnet werden. Das sind tendenziöse Aufnahmen, grausam-scharf die Kriegsmacht enthüllend. Sonntag sang der gutbesetzte Männerchor „Songesfreunde 1911“ Volkslieder und die bekannten Bolschawiken, russische Zigeunerslieder, zu denen Ernst Friedrich den verbindlichen Text sprach, von Konzertmeister Erich John am Flügel feinsinnig unterflicht. Ernst Friedrich ist eine Persönlichkeit, vielleicht ein bißchen monoton. Er erzählt das Märchen vom Däumling (Bachstein), nein — er spielte es förmlich. Seine nuancenreiche Wortgestaltung entbehrt nicht einer gewissen Theatralität, die töfliche Schlichtheit des Märchens schon gefährdend. Der knabenhafte Ton seiner Rezitationen berührt sympathisch. Das Ritue dieser langen Vortragsabende scheint ein rein familiärer zu sein, aus dem Verhalten Ernst Friedrichs und seiner Gemeinde zu schließen.

P. B.

Die Erstausführung von Arnold Bennetts „The Great Adventure“ in englischer Sprache im Freien Theater am Zoo muß auf den 29. verschoben werden. Die bestellten und gestauten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Uebersetzung fremdsprachiger Bücher in Rußland. Nach einer endgültigen Entscheidung soll die ohne Ermächtigung erfolgende Uebersetzung fremdsprachiger Bücher in Rußland gleich gemeinem Diebstahl strafbar sein. Eine große Anzahl deutscher Bücher war bisher honorarlos überlegt worden.

Landesverrat aus Vaterlandsliebe.

Rumpelstilzchens juristisches Gutachten.

Stein-Rumpelstilzchens Märchenbuch über den Magdeburger Prozeß mit seinen tollen Widersprüchen ist hier schon besprochen worden. Es verlohnt sich aber, auch noch auf das Gutachten des Marburger Strafrechtslehrers Prof. Traeger einzugehen, das neben jenem Lundenorfs der Schrift beigelegt ist. Denn auch durch dieses Gutachten wird wider Willen die Unhaltbarkeit des Magdeburger Urteils klar dargelegt.

Prof. Traeger wendet sich besonders gegen seinen Heidelberger Kollegen, Grafen Dohna, der das Urteil in der „Deutschen Juristenzeitung“ scharf kritisierte, und setzt diesem gegenüber folgendes auseinander:

Es zeugt von merkwürdiger Verkennung der Staatsnotwendigkeiten und des Gedankens, der der gesetzlichen Vorschrift zugrunde liegt, wenn Dohna den Sach aufstellt, der Landesverrat sei ein politisches Verbrechen und deshalb ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Verdächtigen gar nicht festzustellen. Das kann doch nur heißen, daß der vom Gesetze sogenannte Landesverrat ehrlose, vaterlandsfeindliche oder vaterlandslose Gesinnung voraussetze. Aber, von anderen Gründen abgesehen, läßt schon das Gesetz selbst die Unhaltbarkeit dieser Ansicht dadurch erkennen, daß es für Landesverrat nicht nur Zuchthausstrafe, sondern auch Festungshaft, und zwar von einem Tage an zuläßt. Wie wäre eine so geringfügige, nicht entehrende Freiheitsstrafe anders zu rechtfertigen wie dadurch, daß sie Anwendung finden soll auf Fälle, in denen nicht unedle Beweggründe den Täter zu seiner Tat veranlaßt haben!

Die Beweisführung Traegers ließe sich hören, wenn etwa Eberts Gegner behaupteten, Ebert habe aus einem Uebermaß von Patriotismus und aus den edelsten Beweggründen etwas getan, was formaljuristisch als „Landesverrat“ definiert werden müsse. Eine solche Behauptung hätte dann wohl nur Juristen interessiert, sie hätte nicht das ganze Land aufgeweicht und hätte sicher auch keine Klageerhebung verursacht. Zweck des Feldzuges gegen Ebert war doch, den Reichspräsidenten so hinzustellen, als ob er nicht etwa formaljuristischen „Landesverrat“ aus Vaterlands-Liebe, sondern moralischen Landesverrat, bewußten und absichtlichen Verrat am Vaterlande begangen hätte. Da ein solcher Verrat am Vaterlande nur von schmutzigen Verfeindern behauptet werden kann, ist klar, daß das Magdeburger Schöffengericht, indem es den Beklagten nicht in vollem Umfang verurteilte, seine Aufgabe verkannte.

Ebenso klar ist aber auch, was durch Gutachten solcher Art bewirkt werden soll. Erst will man der zweiten Instanz suggerieren, daß sie das Urteil der ersten Instanz ohne Rücksicht auf die Motive des Klägers aus Gründen der juristischen Haarspalterei befähigen müsse, und dann will man in die West hinaus-schreien, daß der Reichspräsident laut gerichtlicher Feststellung ein Mann sei, der sein Vaterland schamhäftig verraten habe. Die politische Unerschrockenheit der Richter und ihr berufsmäßiger Hang zu formaljuristischer Spitzfindigkeit soll dazu ausgenutzt werden, um sie zum Werkzeug eines politischen Schurkenzwecks zu machen.

Aufforderung.

Im Magdeburger Prozeß spielt u. a. die Frage eine Rolle, ob ein Flugblatt mit Informationen für die Streikenden am Dienstag, den 29., oder am Mittwoch, den 30. Januar 1918 geschrieben worden ist. In der ersten Verhandlung hat Richard Müller als Zeuge angegeben, es sei erst am Mittwoch, den 30. Januar, verfaßt worden. In der neuen Verhandlung habe ich jetzt als Zeuge bekundet, daß Richard Müller offenbar ein Irrtum unterlaufen sei, wie er leicht vorkomme, wenn man sich plötzlich an Einzelvorgänge erinnern solle, die sieben Jahre zurückliegen. Es werde sich wohl um eine Verwechslung einander ähnlicher Vorgänge bei Müller handeln, denn das fragliche Flugblatt sei schon am Tage vorher, am Dienstag, den 29. Januar, geschrieben worden, wofür ich eine Anzahl Tatsachen angeben habe.

Das fragliche Flugblatt trägt als Überschrift das selbstdruckte Wort „Mitteilungen“. Es beginnt: „An die Arbeiterschaft Berlins! Arbeitshilfen und -schwestern! In gemäßigten Massen steht das Berliner Proletariat jetzt im politischen Rosenstreik für einen sofortigen demokratischen Frieden.“ Dann folgen Mitteilungen über den Umfang des Streiks, über das Verbot der Streikversammlungen und die Verhandlungen zur Aufhebung des Verbots mit dem Staatssekretär Wallraf. Am Schluß heißt es: „Wir werden Euch laufend über den Stand der Dinge informieren. Haltet Euch nur an diese Informationen! Steht fest zusammen! Einer für alle, alle für einen. Der Aktionsausschuß des Arbeiterrats.“

Zweifellos befindet sich noch mancher Genosse im Besitz dieses Flugblatts und kann auch durch Zusammentreffen besonderer Umstände noch genau angeben, an welchem Tage er es bekommen hat. Ebenso werden noch Genossen vorhanden sein, die es mit verbreitet haben und angeben können, wann das geschehen ist. Vielleicht findet sich auch noch jemand, der als Seher, Drucker, Hilfsarbeiter usw. an seiner Herstellung beteiligt gewesen ist. Da solche Bekundungen von großer Wichtigkeit für die Verhandlung in Magdeburg sein können, bitte ich jeden, der Angaben bezeichnen kann, sich sofort in der Redaktion des „Vorwärts“ oder bei mir im Reichstage, Telephon Zentrum 9502, zu melden.

Wilhelm Dittmann.

Der Streik in Kiel.

Ein Mißverständnis im Magdeburger Prozeß.

Zu dem Prozeß Rothardt in Magdeburg erhalten wir von Rechtsanwalt Wolfgang Heine, dem Vertreter des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in erster Instanz, folgende Mitteilung:

Nach Zeitungsberichten soll der Vorsitzende in dem gestrigen Magdeburger Prozeß zweiter Instanz dem Zeugen Werthoberinspektor Richnow vorgelesen haben, er hätte in der ersten Instanz ausgesagt, bei der Streikbewegung wäre der Name des Herrn Ebert gefallen. Herr Richnow hat, wie der Bericht ergibt, auf diesen Vorhalt geantwortet: „Das kann sein. Ob ich den Namen aber tatsächlich gehört habe, daran erinnere ich mich nicht mehr.“

Hier muß ein Mißverständnis, entweder in dem Zeitungsbericht, oder bei dem Herrn Vorsitzenden vorliegen. Es steht positiv fest, daß der Zeuge Richnow schon in erster Instanz folgende Aussage gemacht hat: er habe nach dem Streik den Arbeitern, die wieder einzutreten, Vorwürfe gemacht und dabei hätte aus der Arbeiterschaft von hinten einer gerufen: es wäre von Berlin bestimmt worden, daß gestreikt werden sollte. Zeuge Richnow hat schon in erster Instanz dazu bemerkt: „Es ist möglich, daß dabei ein Name genannt worden ist, aber ich weiß weder, ob es geschehen ist, noch was für ein Name.“ Der Zeuge Richnow sagte, es könnte ebenso gut der Name Schütze gewesen sein, wie irgendein anderer.

Dies entspricht auch der Wiedergabe der Aussage des Zeugen Richnow in den Urteilsgründen erster Instanz.

Die Eröffnung des Wahlkampfes.

Sozialdemokratische Massenversammlungen in Berlin.

Die Sozialdemokratie Groß-Berlins veranstaltete gestern eine Reihe von stark besuchten, zum großen Teil überfüllten Versammlungen, um den Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft zu eröffnen.

Neußölln.

Am großen Schuttsch-Saal in Neußölln, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Reichstagsabg. Gen. Stämpfer. Er feierte das Andenken der Märzkämpfer von 1848 und kam dann auf die blutigen Märzereignisse dieses Jahres zu sprechen, die er beklagte und verurteilte. Wo die kommunistische Minderheit zur Gewalt greift, ist es notwendig, sich gegen sie zu verteidigen, aber kommunistische Arbeiter, die nichts anderes wollen, als die deutsche Hebung einer englischen Rede hören, dürfen nicht zur Ziel-scheibe für schweißige Politzisten werden. (Lebh. Zustimmung.) Der Präsidentschaftskampf ist nicht mit dem Revolver, sondern mit guten Gründen zu führen. Der Reichspräsident ist ein Mann von großem Einfluß, aber nicht allmächtig. Die Vorwürfe, die man gegen Ebert erhebt, waren darauf zurückzuführen, daß man ihn für allmächtig hielt, was er natürlich nicht war. Sein Aufstieg war ein Anfang, ein Symbol dafür, was die Arbeiterschaft sein kann, wenn sie politisch reif und einig ist. Wenn die Feinde der Republik von Eberts Landesverrat sprechen, wollen wir ihnen die Photographie des Königsplatzes am Tage seiner Festsetzung vorhalten und ihnen sagen: „So wird in Deutschland ein Landesverräter begraben!“ (Lebh. Beifall.) Jarres ist Bürgermeister, kein Politiker, seine einzige politische Tat, die Unterdrückung der Versammlungstheorie, war eine ungeheure Dummheit. Schwerkapital und rechtspolitische Organisationen haben ihn auf den Schild gehoben, weil sie ihn als bequemeres Werkzeug gebrauchen wollten. Der Wiltinger v. Kitzinger, statt im Rücken zu sitzen, wo er gehört, erhebt Angriffe an das deutsche Volk: „Wählt Jarres!“ (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Kampf gegen Jarres kann nur geführt werden durch Unterstützung des Arbeiterkandidaten Otto Braun. Sinnlos und zwecklos ist jede Stimme für Thälmann. Politisch fällt sie so wenig ins Gewicht, wie wenn ein Schaf auf der Wiese bläht. Nur für den Arbeiterkandidaten geht sie verloren und für den Kapitalistenkandidaten ist sie ein Gewinn. Der Schlußappell des Redners, mit aller Kraft für Otto Braun zu wirken, den Kandidaten der Sozialdemokratie, fand stürmische Zustimmung.

In der Diskussion sprach der kommunistische Landtagsabgeordnete Schwent. Er versprach, unter den üblichen Anreissen auf die Sozialdemokratie, den Sieg der bolschewistischen Weltrevolution für eine spätere Zeit — Genosse Stämpfer wies ihn in seinem Schlußwort darauf hin, daß es sich hier nicht um eine spätere Zeit handle, sondern um den gegenwärtigen Präsidentschaftskampf. Am 29. März werden alle Anhänger von Jarres beken, daß recht viel kommunistische Stimmen abgegeben werden. „Siegt Jarres, so steigt er durch den kommunistischen Unersand, steigt Braun, so steigt er durch den Verstand und die Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft.“ (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung schloß nach stürmischem Verlauf mit einem begeisterten donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie und die Republik.

Lichtenberg.

In der Aula „Parkau Lichtenberg“ sprach, nachdem sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten von ihren Plätzen erhoben hatten, der Reichstagsabgeordnete Genosse Stelling vor einer gut besuchten Versammlung. Er legte in bereiten Worten die Ergründlichkeiten der Revolution dar und zeigte, daß alles daran gesetzt werden müsse, die Republik zu festigen und zu stützen. Mit einem Jarres, dem willigen Diener der Schwerindustrie und des Agrarierturns, an der Spitze könne dies niemals geschehen. Vielmehr würde sich ein von diesem Rarone vertraintes Deutschland inner- und außenpolitisch selbst aufgeben. Er ermahnte die Versammlung, alle ihre Kräfte und allen persönlichen Mut aufzubringen, um der Reaktion in diesem Entscheidungskampfe für die Republik eine vernichtende Niederlage zu bereiten und der Fasche zum Siege zu verhelfen, auf der geschrieben steht: „Otto Braun!“

Der Zeuge Richnow hat schon vor dem Schöffengericht bestimmt erklärt, daß er nie zu irgend jemandem erzählt hätte, der Abgeordnete Ebert hätte den Sirell ins Leben gerufen. Er wußte durchaus nicht, wie es gekommen sei, daß er als Zeuge benannt worden wäre.

Aus der Auslage in erster Instanz haben Rechtsanwalt Landsberg und ich den Eindruck gewonnen, daß Richnow von der Gruppe Forstner als Zeuge benannt worden ist, in der Hoffnung er würde mit Rücksicht auf seine frühere militärische Stellung eine dem Angeklagten genehme Auslage machen. Herr Richnow war zu gewissenhaft, um dem Angeklagten Rothardt diesen Gefallen zu tun.

Hugenberg-Moral.

Im Magdeburger Prozeß ritten die Verteidiger schon vor dem Schöffengericht und auch jetzt wieder vor der Strafkammer auf einem Sahe herum, der in dem Parteivorstandsbericht an den Parteitag in Weimar 1919 enthalten war, und in dem gesagt wurde, daß erst durch den Eintritt der Sozialdemokratie in die Streikleitung die Bewegung Umfang und Bedeutung erhielt. Besonders Genosse Wels, der diesen Bericht im Frühommer 1919 verfaßt hat, wurde nach der Bedeutung dieses Satzes gefragt. Aus seiner Antwort auf die Frage der Verteidiger zitiert der von der Schwerindustrie unterhaltene „Lokal-Anzeiger“ lediglich folgende Sätze:

In solche Vortragsaufschriften muß man immer den Maßstab der Parteimoralen der Zeit legen, in der sie erschienen sind. Als wir den Bericht an den Parteitag gemacht haben, stand Roste im Kampfe gegen die Kommunisten. Wir wurden als die Partei der Arbeiterverräter beschimpft und wollten in dieser Situation natürlich beweisen, daß wir immer zu den Arbeitern gesondert hätten. Der Bericht an den Parteitag diente agitatorischen Zwecken, nicht demagogischen, aber dem agitatorisch guten Zweck der Befreiung der Arbeiterschaft und damit der Befreiung Deutschlands.

Wertwüdigerweise bricht der „Lokal-Anzeiger“, der über die ausführliche Aussage von Wels sonst fast nichts zu berichten weiß, genau hier ab, so daß seine Leser nicht die sehr unangenehme Fortsetzung der Aussage erfahren können. Wels sagte nämlich den neugierigen Verteidigern aus der Deutschnationalen Partei:

„Vielleicht erkundigten sich die Herren Verteidiger einmal bei einer besonders sachverständigen Seite, nämlich bei dem Vorstand der Deutschnationalen Partei, wie diese Partei ihre offiziellen Erklärungen vor dem 29. August 1924 in Einklang bringen wolle mit ihrem Verhalten nach dem 29. August! Vielleicht fragten sie ihn auch, wie die offiziellen und hindenden Erklärungen der Partei in der Aufwertungsfrage mit dem jetzigen Verhalten der Partei im Reichstage übereinstimmen. Die Herren Verteidiger dürften dort sicher eine vollkommen erschöpfende Antwort auf diese Frage bekommen.“

Begreiflich, daß die sonst so redseligen Verteidiger auf diese Bemerkungen schwiegen und ebenso begreiflich, daß der deutschnationale „Lokal-Anzeiger“ seinem Leserkreis aus dem Berliner Spießertum diese bitteren Willen peinlichst unter-schleibt, dafür aber desto lauter über die „Lügenmoral“ der

Kreuzberg.

Für den Kreuzberg-Bezirk sprach Genosse Dr. Freund in den Wähler-Sälen. Er führte etwa folgendes aus: Das deutsche Volk hat zum ersten Male seine höchste Spitze selbst zu wählen. Es geht diesmal nicht um die Staatsform, sondern um den Staatsinhalt. Die Monarchie mag für Deutschland noch nicht erledigt sein, die Tatsache jedoch, daß sie keinen Kandidaten aufgestellt hat, zeigt, daß sie stark in den Hintergrund gedrückt ist. Die Großindustrie ist heute führend, restlos den Staat beherrschend. Diese Leute wollen nicht etwa die Monarchie wieder aufrichten, sondern die innere Macht erzwingen und behalten. Die Dames-Gesetze legen uns Verpflichtungen auf, so daß die Frage akut wird, wer trägt die neuen Lasten? Die Begarische zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen haben sich nie verschärft. Wie ein roter Faden zieht sich durch diese innerpolitischen Dinge die Frage nach der Aufwertung, der Steuerreform und der Ruhr-entschädigung. Das sind unsere nächsten Kampfziele. Der verlorene Reichstagswahlkampf wurde von den Bürgerlichen mit Versprechungen geführt, die bis heute nicht gehalten worden sind. Damit wurden viele Stimmen eingefangen. Das deutsche Volk erhebt jetzt die Forderung dieser Saat. Man kann von einem wohlbedachten Hintergehungssplan reden. Der Redner ging dann ausführlicher auf die heuchlerische Politik ein, die gegen die Aufwertung gerichtet ist. Die Sozialdemokratie habe sich dieser Aufwertungsfrage eingehend angenommen, ohne grobhartige Versprechungen zu machen. Wenn sie jetzt nicht die nötige Macht habe, so ist das die Schuld der Wähler vom 7. Dezember. Eine reelle Bedung soll erfolgen. Die Sozialdemokratie will die Inflationsgewinnler heranziehen; sie erstrebt stets das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Die Reichsregierung dagegen will die Aufwertung aus den Taschen des Volkes bezahlen. Der Kampf um den sozialen Inhalt der Republik sei gekommen, deshalb müsse die Sozialdemokratie mit aller Kraft für ihren Kandidaten Otto Braun werben! Die Versammlung sollte diesen Ausführungen stürmischen Beifall.

Röpenitz.

Mit einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung in der Aula der Körner-Schule eröffneten die Röpenitzer Genossen den Wahlkampf um Eberts politisches Erbe. Stadtverordneter Genosse Keuler wies in seiner Rede auf die große Bedeutung der Präsidentschaftswahl hin. Er zeigte, wie gerade durch die große Anerkennung, die der verstorbene Reichspräsident im Inland und Ausland bei der Führung seines Amtes gefunden hat, die lächerliche Annahme der bürgerlichen Kreise widerlegt wird, die die Sozialdemokratie am liebsten wieder wie im früheren Obrigkeitsstaat von jedem politischen Einfluß fernhalten möchte. Der Kernpunkt des kommenden Wahlkampfes liegt in der Frage, ob die Schwerindustrie und das Großunternehmertum, auf dessen Linie der überwiegende Teil des Bürgertums eingeschwenkt ist, sein Ziel erreichen wird, die Staatsmaschine einseitig im Sinne krosser Unternehmerinteressen zu beeinflussen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die nationalstille Propaganda, ebenso wie die Aufwertungsdemagogie für die Deutschnationalen und Volksparteier nur ein Mittel gewesen ist, um sich politisch in den Sattel zu setzen, während ihr eigenliches Ziel ist, die unbefrähnte Macht im Staate für sich allein auszunutzen zu können. Die Verleumdungskampagne, der Magdeburger Prozeß, dem Ebert zum Opfer gefallen ist, und der Barmat-Scandal sollen nur dem Zweck dienen, die Gefolgshaft aus den Kreisen des Mittelstandes und der kleinen Leute unter verlogenen Parolen hinter die Reichsparteien zu bringen. Nur ein Republikaner und ein aus der Arbeiterkluft hervorgegangener Kandidat wird eine Gewähr für eine sichere Entwicklung in der Zukunft bieten.

In der Diskussion trat der übliche Kommunist auf, der gänzlich abfiel und von der anwesenden Reichstagsabgeordnete Genossin Remly gründlich erledigt wurde. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung mit einem vollen Erfolg für die Sozialdemokratie abgeschlossen. In Röpenitz zieht die Partei mit den besten Hoffnungen in den Wahlkampf!

Sozialdemokratie herfällt. Was immer billig ist und mindestens so wenig verpflichtet wie deutschnationale Versprechungen an die betrogenen Sparer!

Eine erledigte Größe.

Hergt will nach Hannover.

Das Amt des Oberbürgermeisters in Hannover ist vor wenigen Wochen von der Stadtverordnetenversammlung ausgeschrieben worden. Eine große Anzahl deutscher Kommunalpolitiker hat sich um den Posten beworben. Außer dem Bürgermeister des Bezirks Berlin-Tiergarten, dem Oberbürgermeister von Wesermünde, dem Bürgermeister von Oldenburg, dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete Schmidt, hat auch der ehemalige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Hergt durch eine Mittelperson wissen lassen, daß er bereit sei, sofort seine Bewerbung einzureichen und eine eventuelle Wahl anzunehmen.

Die Absicht des ehemaligen Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, sich künftig hauptsächlich in der Kommunalpolitik zu betätigen, bestätigt, daß Dr. Hergt von seiner Fraktion nicht mehr viel Dank zu erwarten hat und ihm selbst jede Aussicht auf ein früher versprochenes Ministeramt als erledigt erscheint. Hergt ist als deutschnationaler Politiker schon jetzt vollkommen in den Hintergrund getreten. Er hat weder im Reichstag noch in seiner Fraktion oder seiner Partei irgend etwas zu sagen. Seine Bemühungen, es unter diesen Umständen wenigstens mit dem Amt eines Oberbürgermeisters zu versuchen, sind also verständlich.

Die Bewerbung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete trägt ebenfalls politischen Charakter. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Ministerium für die besetzten deutschen Gebiete in Zukunft nicht mehr durch einen Reichskommissar, sondern durch einen Staatssekretär leiten zu lassen. Als solcher kommt Herr Schmidt entsprechend einem Wunsch seines früheren Kollegen Dr. Luther nicht in Frage. Infolgedessen ist er bemüht, vor der endgültigen Ernennung dieses Staatssekretärs aus dem jetzigen Amt auszusteigen. Aber sowohl die indirekte Bewerbung des Herrn Dr. Hergt wie der direkte Versuch des Herrn Schmidt, in Hannover das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen, dürfte verfehlt sein. Die hannoversche Rathausmehrheit trägt sich nicht mit dem Gedanken, den Absichten dieser Bewerber Rechnung zu tragen. Sie will vielmehr einen der ihr nahestehenden Hannoveraner auf den Schild erheben, und zwar werden neben dem Vorsitzenden des Bürgervereinskollegiums Dr. Menge, einem eifrigen Massen- und Sozialistenkrieger, der Syndikus der Handelskammer Dr. Finkenwirth als aus-sichtsreiche Kandidaten genannt. Ihre „nationale“ Gesinnungstreue reicht Scheinbar noch weiter als die des ehemaligen deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden. Hergt hat also alle Aussicht, in der Republik überhaupt nichts mehr zu werden. Armer Herr Hergt!

Gewerkschaftsbewegung

Die Reichsbahn zum Schiedspruch.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft nimmt zu dem im Schlichtungsverfahren ergangenen Schiedspruch wie folgt Stellung:

Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedsrichters, den Arbeiterlohn vom 15. März ab um drei Pfennige je Stunde zu erhöhen, von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Ausführung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Einsetzung des vom Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Forderungen in den Arbeitszeitbestimmungen, wie sie es ohnehin in Aussicht genommen hat, zu. Der Schiedspruch verlangt, daß sämtliche am Streit Beteiligten bis zum 31. März wieder eingestellt sind, so daß den neu eingestellten Erwerbstätigen sofort bis zum 31. März gekündigt werden dürfte. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streit Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifzuges wieder einzustellen und keine Maßregelung dieser Arbeiter vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueingestellten zu entlassen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht wie andere Unternehmungen im Falle eines Streiks ihren Betrieb schließen. Sie ist im Gegenteil aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, Verkehr und Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Güterversorgung nicht zu gefährden. Sie war daher nach Ausbruch des Streiks in die Notlage versetzt, sich nach Helfern umzusehen und geeignete Ersatzkräfte einzustellen. Der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Helfer, die sich bewährt haben, jetzt zugunsten der in Streit getretenen Eisenbahnarbeiter sämtlich in kürzester Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist daher bereit, die am Streit Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet, und auf längere Zeit hinaus die freiverbenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.

Diese Stellungnahme der Reichsbahn ist in jeder Beziehung unmaßgeblich und geeignet, den Kampf zu verschärfen. Wenn die Reichsbahn erklärt, daß sie keine Maßregelungen vornehmen will, aber die eingestellten Streikbrecher nicht entlassen könne — bei den abgehauenen Beamten war sie weniger zimperlich — so weiß man, wie eine derartige Erklärung in der Praxis von den ausführenden Dienststellen gehandhabt wird. Es werden nicht wieder eingestellt nur diejenigen Streikenden, die sich als Funktionäre ihrer Organisation „nützlich“ gemacht haben.

Daß die Organisationen eine derartige Auslegung des Schiedspruches auf keinen Fall hinnehmen können, liegt auf der Hand. Wenn die Organisationen der Eisenbahner seit dem Schiedspruch von einer Verdrößerung des Kampfes abgesehen haben, so geschah das unter der Voraussetzung, daß die Reichsbahn möglicherweise in ihrer Antwort eine Bereitwilligkeit erkennen läßt, bei weiteren Verhandlungen eine konziliantere Haltung einzunehmen. Die Antwort der Reichsbahnverwaltung läßt diese Erwartung jedoch nicht zu und man muß befürchten, daß nunmehr eine ernsthaftere Verschärfung des Kampfes eintritt.

Ob eine Erhöhung der Tarife wegen der im Höchstfalle 30 Millionen betragenden Mehrausgabe überhaupt notwendig ist, erscheint uns nach dem ersten Vierteljahresbericht der Reichsbahnverwaltung mehr als zweifelhaft. Dort wird die Finanzlage als eine glänzende dargestellt. Wir haben den Eindruck, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn mit dieser Erklärung nur versuchen will, die Öffentlichkeit gegen die bestehenden Forderungen der Eisenbahner aufzubringen. Tatsächlich dürfte das Gegenteil eintreten. Die Meldungen, die wir aus dem Reichs- und den Reichsbahndirektionen bekommen, in Verbindung mit der Antwort der Hauptverwaltung, lassen den Schluß zu, daß man es im Verwaltungsrat auf die Provozierung eines großen Eisenbahnstreiks geradezu abgesehen hat.

Welche Einflüsse hinter den Kulissen tätig waren und sind, um auf die Hauptverwaltung der Reichsbahndirektion zu drücken, geht aus einer Kundgebung des Deutschen Industrie- und Handelstages hervor. Der Verkehrsausschuß dieser Körperschaft beschloß sich am 11. März mit der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft und nahm eine Entschließung an, in der ein Abbau der Tarife der Reichsbahn überall da gefordert wird, wo die Friedenshöhe nicht schon erreicht oder unterschritten ist. Dieser Verkehrsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hat weiter die Unterzeichner, die gegen alle Bestrebungen, den Achtstundentag wieder einzuführen, und gegen die Forderungen neuer Lohnerhöhungen in der Reichsbahn zu wenden.

Man muß wirklich staunen über die Stirne dieser Geldackente. Von der Reichsbahn fordern sie, daß die Gütertarife herabgeschraubt werden auf die Friedenshöhe oder noch darunter, weil „die jetzigen Frachten ein wesentliches Hindernis für den Preisabbau“ seien. Sie denken aber nicht im mindesten daran, den Preisabbau für Eisen, Kohle, Holz usw. gleichfalls zu fordern. Als die Reichsbahn seinerzeit eine erhebliche Herabsetzung der Gütertarife durchführte, haben die Unternehmer diese Frachtermäßigung einfach geschluckt, ohne daran zu denken, die Preise im selben Verhältnis abzubauen. Von der Reichsbahn verlangt man, daß sie ihre Materialien 50 Prozent über dem Friedensstand bezahlt, die Tarife jedoch auf Friedenshöhe herabsetzt.

Ganz entschieden zurückzuweisen ist die unerhörte Einmischung des Industrie- und Handelstages in die Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen der Reichsbahn mit den Eisenbahnerorganisationen. Es ist das nicht nur eine unzulässige Überschreitung der Kompetenzen, sondern gleichzeitig eine Herausforderung der Arbeiterchaft. Die Antwort wird nicht ausbleiben.

Gegenüber der Schönfärberei der Reichsbahn gilt es, auf den nach wie vor bestehenden Ernst der Lage hinzuweisen. In Bremen sind die Rangierer neu in den Streit ge-

treten. In Sachsen hat sich am Streikbild nichts geändert. Das paßt der Reichsbahnverwaltung anscheinend nicht und sie geht deshalb jetzt darauf aus, den in Sachsen mit Erbitterung, aber doch mit Ruhe geführten Streit in etwas Schlimmeres zu verwandeln. Zunächst wird sie Arbeitswillige an und transportiert sie nach Sachsen. So ist am Dienstagabend in Köln ein Zug mit Arbeitswilligen nach Sachsen abgegangen. Der Streikbrecherklub ist aber noch nicht das Schlimmste. Viel schlimmer sind die bereits vorgelommenen direkten Propagandaaktionen. So wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. März auf Veranlassung des Vorstandes der Betriebsdirektion Leipzig I aus der Reichswehrkaserne Leipzig-Mädern Revolvermunition abgeholt. Was soll dieses irrsinnige Beginnen? Will man ein Blutbad heraufbeschwören?

Bundesausschussung des ADB.

Gestern trat der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 16. Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Frage der paritätischen Wirtschaftskammer.

Bekanntlich hat der Leipziger Gewerkschaftskongress mit großer Mehrheit für die paritätischen Wirtschaftskammern und gegen die Arbeiterkammern Stellung genommen. Der Bundesvorstand legte eine Entschließung vor, die den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses erneut bestätigt. Der Bundesausschuß nahm die Entschließung gegen zwei Stimmen an. Sie lautet:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erinnert an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1922 bez. die Stellung der Gewerkschaften zu dem Verprechen in § 165 der Reichsverfassung, wonach die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben. Der Beschluß des Leipziger Kongresses fordert unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die paritätische Teilnahme der Arbeiterchaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind.

Der Bundesausschuß kann in der Schaffung gesonderter Arbeiterkammern keine Erfüllung der im Artikel 165 der Reichsverfassung gegebenen Zusage erblicken. Er fordert die in dem Landesparlamenten wirkenden Vertreter der Arbeiterchaft auf, gegen die Erziehung von Arbeiterkammern Stellung zu nehmen und das Verlangen nach Schaffung von paritätischen Wirtschaftskammern mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.

Auf Grund des Einpruches eines Verbandes war der Bundesausschuß gemäß den Bundesstatuten genötigt, zu dem auf der letzten Tagung gefassten Beschluß einen Bildungsfonds zu schaffen, erneut Stellung zu nehmen. Die Abstimmung über den Kulturbeitrag nach der Mitgliedszahl der vertretenen Verbände hatte folgendes Ergebnis: 29 Verbände (4041 227 Mitglieder) stimmten dafür, 3 Verbände (1 228 479 Mitglieder) dagegen, die Vertreter zweier Verbände (1 619 432 Mitglieder) enthielten sich der Abstimmung. Der Beschluß über den Kulturbeitrag ist also mit großer Mehrheit angenommen worden.

Der Antrag des Bundesvorstandes, eine internationale Beitrittsur zur Ausschmückung des Verwaltungsgebäudes des Internationalen Arbeitsamtes zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Bundesausschussung des ADB.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes war gestern anlässlich der gemeinsamen Tagung der Bundesausschüsse der drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Sondertagung zusammengetreten, um zu den besonderen Beamtenfragen Stellung zu nehmen. Er nahm zur Besoldungsfrage folgende Entschließung einstimmig an:

„Der am 17. März 1925 tagende Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß bisher weder von der Regierung noch vom Reichstag entscheidende Schritte unternommen worden sind, um die Besoldungsverhältnisse der unteren und mittleren Gruppen den wirklichen Lebensverhältnissen anzupassen. Nachdem von dem Vorstand des ADB zur Förderung der Besoldungsfrage alles geschehen ist, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, nachdem weiter festzustellen scheint, daß eine grundlegende Veränderung der Beamtenbesoldung in kürzester Frist nicht zu erwarten ist, fordert der Bundesausschuß, daß wenigstens den Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 als den unter den sich stets verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnissen am meisten Leidenden durch eine Rohnahme sofort eine Aufbesserung ihrer Bezüge in der Weise zuteil wird, daß der im November 1924 festgesetzte Zuschlag von 12 1/2 Proz. auf mindestens 20 Proz. erhöht wird. Weiter erwartet er, daß die Beratung der dem Reichstag vorliegenden zahlreichen Besoldungsanträge unverzüglich in Angriff genommen und beschleunigt gefördert wird.“

Nachdem sich für die Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes und gegen die Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung der Gehälter bereits eine Mehrheit im Sinne der Regierungsvorlagen im Haushaltsausschuß des Reichstages ergeben hat, erwartet der Bundesausschuß, daß das Plenum des Besoldungsperrgesetzes aufheben und eine Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung ab 1. April beschließen wird.“

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung der Beamten. Gegenüber den Wünschen, den Termin der Wiedereinführung sofort festzusetzen, wurde von der Regierung betont, daß die gesamten Rechenkosten zwangsweise 160 Millionen betragen würden. Zunächst müsse die Finanzgarantie für Reich und Länder durch die Steuergesetze festgelegt sein, dann werde die Frage der dreimonatlichen Gehaltszahlung prüfen. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, daß die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten spätestens zum 1. Oktober wieder eingeführt werden soll. Die Regierung sagte zu, sie werde tatsächlich bestrebt sein, dem

Wünsche des Reichstages Rechnung zu tragen. Falls die vierteljährliche Gehaltszahlung durch die Gesamtlage noch nicht möglich sei, werde man zunächst eine zweimonatliche Gehaltszahlung einführen. Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit dem Gesetzentwurf zur Regelung des Besoldungsperrgesetzes bis zum 1. April 1926.

Generalversammlung des Verkehrsbundes.

In der gut besuchten Delegiertenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses berichtete der Bezirksleiter Ortman über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der gedruckt vorliegende Jahresgeschäfts- und Kasernenbericht umfaßt die Jahre 1923 und 1924, da im Hochinflationenjahr kein Bericht herausgegeben werden konnte. Das wirtschaftliche Elend dieser hochinflationären Zeitepoche und die drückenden Summationen der Unternehmern an die Arbeiterchaft sind, so weit es der Raum eines Geschäftsberichts zuläßt, darin festgehalten. Die Berliner Verwaltungsstelle hat dem gewaltigen Ansturm getrotzt und dem Aufstieg folgte leider ein jäher Rückgang, der aber im vierten Quartal des vergangenen Jahres zum Stehen gekommen ist. Neuerdings macht sich wieder ein langsames Ansteigen der Mitgliederzahl bemerkbar. Da die Kasernenverhältnisse in gleichem Maße gesunken, dürfte die alte Schlagkraft der Organisation bald wiederhergestellt sein. Um dies möglichst rasch zu erreichen, gehört es zur Ehrenpflicht jedes Mitglieds, auch den seinem Einkommen entsprechenden Beitrag zu entrichten. Die Agitationstätigkeit war überaus reg. Die Erfolge entsprechen jedoch noch nicht den berechtigten Erwartungen. Lohnbewegungen mußten in ununterbrochener Reihenfolge geführt werden, wenn nicht immer alles erreicht wurde, so sind doch wesentliche Verbesserungen in der Lohnhöhe überall durchgesetzt worden. Die künftigen Kämpfe erfordern Geschlossenheit auf der ganzen Linie. Nur dann wird der Erfolg in allen Sektionen und Branchen gesichert sein. Seltene Einmütigkeit herrschte bei der Reuwahl der Bezirksverwaltungsmitglieder. Die engere und bisherige Bezirksleitung, sowie die in Vorschlag gebrachten Verwaltungsmitglieder und Leiter der Sektionen wurden ohne Widerspruch einstimmig gewählt.

Die von der Verwaltung beschlossene Maßnahme auf je 100 Mitglieder einen Generalversammlungsdelegierten anstatt auf je 150 Mitglieder zu wählen, findet nachträgliche einstimmige Billigung.

Lohnverhandlungen im Bergbau.

Dachau, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag verhandelten die Bergarbeitergewerkschaften mit den jeweiligen Vertretern über die von ihnen eingereichte Lohnforderung in Höhe von 15 Pros. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, obwohl die Lohnvertreter die Notlage der Bergarbeiter anerkannten. Die Frage wird in der nächsten Woche den Schlichter beschäftigen.

Ein syndikalistischer Streik.

Köln, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Freie Vereinigung der Plattenleger in Köln, eine syndikalistische Lokalorganisation, ist in den Streit getreten. Als Vorwand wird eine Erhöhung der Löhne angegeben. In Wirklichkeit aber handelt es sich darum, für diese Lokalorganisation die Tariffähigkeit zu erkämpfen. Die Zentralorganisationen haben zu dem Streit Stellung genommen und einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die kombinierte Versammlung der Plattenleger des Deutschen Bauergewerksbundes und des Zentralverbandes der christlichen Bauarbeiter können dem Streik der Lokalvereinigung nicht beitreten, da sie als Vertretungsorgan nicht vertretungsberechtigt werden wollen und können.“

Auch die dänischen Unternehmer sperren aus.

Kopenhagen, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Da die Verbände der ungelerneten Arbeiter das Verlangen der Unternehmer nach einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung und nach Verhandlungen über eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus abgelehnt haben, sperren die Unternehmer morgen, Mittwoch, früh zunächst 30 000 bis 40 000 ungelernete Arbeiter aus; in den nächsten Tagen soll die Zahl der Ausgesperrten auf 80 000 erhöht werden. Die Verhandlungen der Verbände der gelerneten Arbeiter mit den Unternehmern verlaufen gleichfalls sehr schwierig und es wird bereits mit einer Generalaussperrung aller organisierten Arbeiter Dänemarks gerechnet. (Diese Ausperrung erfolgt offenbar im Einvernehmen mit den schwedischen Unternehmern, um das Abkommen der Gewerkschaften der skandinavischen Länder auf gegenseitige Unterstützung bei großen Kämpfen unwirksam zu machen.)

Achtung, Bauarbeiter! Die auf den Baustellen der Firma Eise & Ludwig, Steglitz, Rätzelallee und Brüderstraße, beschäftigten Steinträger sind wegen Lohnunerseren zur Arbeitseinstellung gezwungen. Wir ersuchen unsere Kollegen, Arbeit dort nicht anzunehmen.

Deutscher Bauergewerksbund, Songewerkschaft Berlin, Verein der Nord-Steinträger, Berlin.

Achtung, Graphisches Gewerbe! Donnerstag nachmittags 5 Uhr im Graphischen Vereinshaus (Dennig, Alexanderstr. 44). Anrede von Betriebsmaterial. Wir bitten alle G.D.B.-Funktionäre der Buchdrucker, Steinbrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter, dafür zu sorgen, daß für jeden Betrieb Abholung erfolgt. Verbandsrat für das graphische Gewerbe.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Caterans; Gewerkschaftsbewegung: T. Klein; Feuilleton: A. D. Böcher; Kales und Sonstiges: Fritz Karkhöf; Anzeigen: Ed. Glade; Sämtlich in Berlin. Verlag: Bornharts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornharts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 19. Einzelhefte 2, 5 Stück 2 Beilagen. „Die Arbeiter“, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Bornharts“.

Musikaufträge
überläßt man nur dem Radweil des Deutschen Musiker-Verbandes Berlin O 27, Anhalterstr. 21 (Rödingplatz 4310). Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Wir machen keine schönen Worte,

JOSETTI

Sondern nur

anerkannt gute Qualitäts-Cigaretten, wovon sich jeder überzeugen kann.

JUNO 33 VERA 43

KON LINON



In der Aufstiegszeit ist es manchem Arbeiter, Angestellten und Beamten möglich geworden, sich irgendwo im Außenbezirk der Großstadt eine Landparzelle zu erwerben. Die Spekulanten nützen die Lage aus, und überlast wurden rings um Berlin große Landstücke parzelliert und dann in einzelnen Teilen verkauft. So entstanden in allen Außenbezirken die vielen Kolonien der kleinen Parzellenbesitzer. Wenn es auch den zuständigen Behörden nicht möglich war, diese Parzellierung zu verhindern, so mußte man sich doch darüber klar sein, daß sie die Bebauung der betreffenden Gegenden ganz entscheidend beeinflussen würden. Es ist nun heute dahin gekommen, daß sich die Bebauung solcher Kolonien von Einzelbesitzern zu einer äußerst schwierigen Frage des gegenwärtigen Siedlungsbaues ausgewandelt hat. Schon seit Jahren kann man in den Außenbezirken der Großstadt eine Bebauung sich entfalten sehen, die den Fachmann mit der ernstesten Sorge erfüllen muß. Von der Wohnlaube angefangen, über das Kleinhaus bis zur richtigen kleinen „Vorstadtvilla“ alleinst. äußert sich dieser Bauwille der kleinen Parzellenbesitzer. Wenn man eine Anzahl dieser Kolonien kennt, so muß man über die Sorglosigkeit klauen, mit der in vielen Fällen noch die maßgebenden behördlichen Stellen dieser Bebauung gegenüberstehen. Um das voll zu verstehen, sollen die Verhältnisse kurz näher beleuchtet werden.

Sinnlose Baupläne.

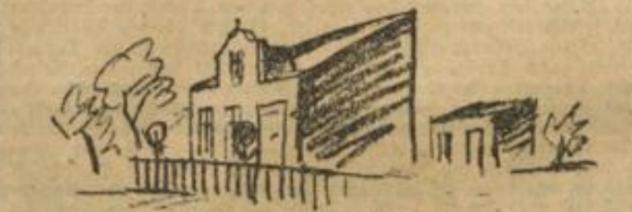
Wenn der einzelne kleine Parzellenbesitzer bauen will, dann geht er zu einem Bauunternehmer, der in der Gegend wohnt, und läßt sich eine „Zeichnung“ herstellen. Diese Zeichnung kostet entweder nichts, wenn die spätere Bauausführung dem Verfertiger der Zeichnung zugesichert wird, oder sie wird für einen ganz niedrigen Betrag hergestellt. Sieht man sich aber diese Baupläne unter Berücksichtigung der gesamten heutigen Verhältnisse an, so wird man darüber meistens die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Da wird dem Drängen der kleinen Besitzer nachgegeben und es werden riesige Zimmer projektiert, die dann im Grundriß des ganzen Hauses meist so unwirtschaftlich angeordnet sind, daß dazwischen ein großer Teil nicht auszunützierender Flurräume und dergleichen bleibt. Außerdem fallen diese Bauten, die für den einfachen Siedler bestimmt sind, oftmals 4-5 Zimmer. Man wird die Sinnlosigkeit solcher Projekte allein schon einsehen, wenn man an die Heizung und Wärmelieferung der Räume durch den kleinen Besitzer denkt. Das Schlimmste aber bei dieser Art der Projektierung ist, daß man den Besitzer über die wirklichen Herstellungskosten der Projekte vollkommen im unklaren läßt. So kommen zu der Gemeinnützigen Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G. („Gehag“) täglich Siedler, die bereits das Kellergerüst nach einer völlig unbrauchbaren Zeichnung fertiggestellt haben, nun bedenklich geworden sind und fragen, welche Baukosten ihr Projekt erfordert. Jetzt müssen sie hören, daß es sich um 18 000-20 000 M. handelt, die aufzubringen einfach unmöglich ist. Der Unternehmer hatte ihnen aber meistens nur 7000-8000 M. Baukosten herausgerechnet. Wie soll man nun diesen Menschen helfen? Die Hauszinssteuerhypothek für einen solchen Bau beträgt höchstens 6000 bis 7000 M., und den Rest von 10 000-13 000 M. anderweitig aufzubringen, ist für den kleinen Siedler ganz ausgeschlossen. Zudem wird die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin solche unwirtschaftlichen Bautypen auch kaum betreiben.

Die Sanierung.

Nun beginnt die „Sanierungsarbeit“. Man hat dabei bereits angefangene Projekte dadurch abgeändert, daß der Keller in der einmal angelegten Größe liegen blieb und der Grundriß für den weiteren Hausbau, also für Erd- und Obergeschos, bedeutend verkleinert wurde, was natürlich Kosten verursacht, weil eine Anzahl Wände im Keller nicht vorgelegt sind, die nach oben hin mit Trägern oder Bogen unterstützt werden müssen. Dabei hat sich trotzdem gezeigt, daß man bei sachgemäher Durcharbeitung den Bau so verkleinern und wirtschaftlich durchfinanzieren kann, daß er schließlich noch zu finanzieren ist. Allerdings kostet diese Arbeit mehr als ein gutes Projekt vorher gelöst



Wie es sein soll!



Wie es nicht sein soll!

hätte. Vielfach muß man auch dann aus einem Einfamilienhaus ein Zweifamilienhaus machen, um den einmal angelegten Grundriß auszunützen. Alle diese Verhältnisse, die man in den meisten Vororten täglich wiederfindet, haben die Baugenossenschaften und die Gewerkschaften Groß-Berlins veranlaßt, eine Zentralstelle in der „Gehag“ (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G., Berlin S. 13, Inselstr. 6, IV) zu schaffen, in der die sachverständige Beratung der Siedler durchgeführt wird. Diese Zentralstelle hat z. B. in einer Kolonie von mehreren hundert Einzelbesitzern durchgesehen können, daß hundert dieser Siedler sofort nach einem einzigen wirtschaftlich durchgearbeiteten Bauplan die Bebauung ihrer Parzellen durchführen. Welche Ersparung das rein volkswirtschaftlich, aber auch im Hinblick auf den einzelnen Siedler bedeutet, das braucht wohl nicht gesagt zu werden. Wichtig ist nur, daß die Siedler sich vorher an eine solche mit guten Fachkräften ausgestattete Stelle wenden und nicht erst nachher, wenn sie in der Linie sitzen. Aber hier liegt eine wichtige Aufgabe der in Betracht kommenden Behörden. So wäre es beispielsweise Pflicht der städtischen Siedlungsbehörde, eine vorbeugende Fürsorge zu treffen, statt, wie es heute in der Regel gehandhabt wird, denjenigen, die mit solchen unreifen Bau-

projekten kommen, durch bürokratische Maßnahmen das Bauen zu erschweren oder unmöglich zu machen. Es ist ungeheuer wichtig, daß viel gebaut wird, und dazu müssen die Behörden helfen und gleichzeitig dazu, daß man gut baut. Um nun all den kleinen Siedlern und den Genossenschaften, die aus solchen Siedlern bestehen, bei der Projektierung der Bauten, aber auch in bezug auf die Anlegung der Straßen usw. Hilfe zu leisten, scheint folgender Weg seitens der maßgebenden städtischen Behörden gangbar zu sein. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es der Baupolizeibehörde, die alle Bauobjekte in technischer Hinsicht usw. zu prüfen hat, nicht möglich ist, dahin zu wirken, daß nur wirtschaftlich und künstlerisch gute Bauobjekte durchgehen. Die Baupolizei ist tatsächlich nicht die geeignete Stelle, die Siedler zu beraten. Vielmehr muß diese Arbeit anderen Ämtern übertragen werden. Es erscheint richtiger, den bereits bestehenden halbstädtischen Siedlungsgesellschaften sowie anderen großen und leistungsfähigen Siedlungsberechtigten, wie etwa der oben genannten „Gehag“, die entsprechende Bauberatung für die Bezirke zu übertragen, und zwar nach freier Wahl von der betreffenden Genossenschaft oder von dem Siedler. Jedenfalls würde durch die vorbeugende Fürsorge, die der Bauherr, Siedlungsgesellschaft und Behörde in Hand arbeiten, der Wohnungsbau in der bestmöglichen Weise gefördert. Darauf aber kommt es an. Man muß noch etwas anderes bedenken. Solange nämlich eine gewisse öffentliche Finanzierung durch die Hauszinssteuer und dergleichen geleistet wird, haben die Behörden noch eine Kontrolle und ein gewisses Mitbestimmungsrecht bei den projektierten Bauten. Man stellt sich aber vor, in welcher künstlerisch und technisch sinnlosen Weise gebaut werden wird, wenn diese Kontrolle nicht mehr vorhanden ist, sondern die Kapitalbeschaffung auf dem freien Markt möglich ist. Dann wird eine Bebauung in den Außenbezirken einsehen, vor der es heute schon jeden Fachmann grausen muß.

Den Behörden liegt es heute, diese Gefahr durch eine großzügige Siedlungspolitik in den Vororten der Großstädte abzuwenden. Noch ist es möglich, die ungeheure Vergeudung von Kraft und Material bei der Bebauung zu hindern und zu verhindern, daß in jeder Kolonie nach Hunderten von Toppfen in unwirtschaftlicher und häßlicher Ausführung gebaut wird. Noch ist es Zeit, Verbitterung und Feind von den Kleinsiedlern abzuwenden, die durch das Fehlen einer richtigen Siedlungspolitik und einer ersten sachlichen Beratung entstehen. Nehmen wir uns ein Beispiel an Oesterreich, an der Gemeinde Wien, die in ganz vorzüglicher Weise durch die Zusammenarbeit der Stadt mit den Kleingartenbesitzern eine großzügige Siedlungspolitik organisiert hat, und veranlassen wir einerseits den engsten Zusammenschluß der Siedler solcher Kolonien und ihre Beratung durch sachverständige Fachleute. Helfen wir weiter auf der anderen Seite diesen Organisationen in jeder Weise bei der Durchführung ihrer Siedlungsarbeiten. Sonst wird man uns mit Recht in den nächsten Jahrzehnten den Vorwurf machen, daß wir eine wichtige Aufgabe im Augenblick verkannt und verschuldet haben, daß die Außenbezirke für Jahrzehnte hinaus durch eine falsche Siedlungspolitik verunstaltet wurden. Der Augenblick erfordert großzügiges Handeln.

Die Aufbauschule

Ist eine neue Form der höheren Schule, die in höherem Lehrgang gut befähigte Volksschüler, die in der Regel 7 Jahre die Volksschule besucht haben sollen, bis zum Abiturientenexamen führt. Die Aufbauschule ist eine vollständige höhere Lehranstalt und erteilt ganz die gleichen Berechtigungen wie die höheren höheren Schulen, berechtigt also zum Besuch der Hochschulen und zum Studium. Im Norden Berlins ist eine solche Aufbauschule dem Velling-Gymnasium, Panitzschstr. 18, angegliedert (zwischen Bahnhof Wedding und Gesundbrunnen). Sie trägt den Typus der „Deutschen Oberschule“. Sie hat die gleichen Unterrichtsfächer wie die Oberschule, lehrt also als verbindliche Fremdsprachen Englisch und Französisch und unterscheidet sich von der Oberschule nur durch geringe Unterschiede in der Stundenzahl der einzelnen Fächer. In Elternkreisen begegnet man der Aufbauschule wegen ihrer Neuheit vielfach noch mit einem gewissen Mißtrauen, das jedoch ganz unbegründet ist. Gut befähigte Kinder, die seinerzeit aus irgendeinem Grunde den Besuch an die höhere höhere Schule verpasst haben, können auf diesem Wege doch noch ohne Zeitverlust in 3 Jahren die Obersekundareife, in 6 Jahren die Hochschulreife erlangen.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Er schritt jetzt über taunasse Wiesen. Der graue Dunst am Firmament hatte sich in rauchiges, feines Grau verwandelt. Mit dem aufkommenden Wind war die Luft noch kühler und fast eisig geworden. Trotzdem nahm er den Hut ab und küstete den Rodträger.

Allzu lange war er krank gewesen, ein nicht körperlich, aber desto tiefer keuchend Erkrankter. Er hatte es hingenommen, daß seine Frau ihn pflegte, hatte sich an den Kindern geübt, die rasch wieder das alte Zutrauen zu ihm sahten, mit ihm scherzten und spielten, wenn sie auch immer noch in seiner Gegenwart auf den Zehen schlüpfen und ihre Stimmen dämpften. Aber er hatte dies Glück genossen wie jemand, der kein Anrecht mehr darauf hat. Und sobald er allein war, tat sich das Dunkel wieder auf, Elisabeths Lüge, ihre Untreue, ihre Lieblosigkeit, die ihre Ehe zerstört hatte.

Gestern abend jedoch, bei einem Spaziergang im Walde, als er sich sagte, daß er diesem unmöglichen Zustand ein Ende machen müßte und an den Abschied von Elisabeth dachte, da strömte plötzlich aus dem eben noch finsternen und horten Grund seiner Seele etwas wie ein lind brennender und sanft glühender Schein, ein Strom von Liebe, von Glück und ungefümmten Hoffnungen, der, als er sich zerteilte und ihn wieder zu sich kommen ließ, zugleich die Erkenntnis seiner eigenen Schuld und Torheit mit emportrug. Ja, es war nicht anders: die alten Schriftzüge waren erloschen und an ihrer Stelle standen neue, die nichts anderes besagten, als daß er während seiner ganzen Ehe ein großer Narr gewesen war.

Er hatte den töstlichen, immer neu zu erringenden Gewinn seines Lebens wie einen selbstverständlichen Besitz behandelt, der keiner Pflege bedurfte.

In dieser Stunde war es geschehen, daß die Beziehungen zu dem Menschen, der er einst gewesen, zerrissen. Vielleicht hatten sie sich längst gelöst. Aber in dieser Stunde erst war es ihm zum Bewußtsein gekommen.

Daher die Unruhe, daher der frühe Aufbruch. Der neue Mensch in ihm war wie ein schlüger Vogel, der seine Schwingen regt, den es verlangt, sich in den weiten Luftstrom zu stürzen.

Nachdem Hoff in einem Dorf sich ein Frühstück hatte geben lassen, wanderte er weiter und stieg einen hohen Berg hinan. Er freute sich der dampfenden Luft, die seinem Körper ent-

strömte, als strömten damit die letzten Reste eines alten Giftes hinaus. Und mit Bemühtung beobachtete er seine regelmäßigen, kräftigen Herzschläge. Der brave Kollege hatte sich offenbar getäuscht. Oder es hatte sich nur um eine vorübergehende nervöse Störung gehandelt.

Auf dem Gipfel angekommen, legte er sich ins Gras. Die Sonne war inzwischen aufgegangen und beleuchtete grüne Wiesen und blühende Felder, helle Landstraßen, einen blinkenden Flußlauf, zu seinen Füßen die dicht gedrängten Dächer des Städtchens, nahe und ferne Dörfer und am Horizont eine größere Stadt mit ragenden Schornsteinen.

Es war durchaus keine Aussicht von überwältigender Schönheit, und dennoch erfüllte sie sein Herz mit unbeschreiblichem Glück. Er liebte die Welt und er liebte das Leben, obwohl weder die Welt noch das Leben sich seit gestern irgendwie verändert hatten, obwohl Torheit und Laster, Feind, Krankheit, Tod nichts von ihrer alten Macht eingebüßt hatten. Aber was bedeutete dies Wissen gegenüber seiner Liebe, gegenüber der heißen Freude, daß er noch eine Weile mittun durfte, mitleiden, mitleiden, mitleiden! Wo Liebe ist, was will da Recht oder Unrecht? Schloß es ihm durch den Kopf. Er liebte seine Frau, und er ahnte, etwas wie eine innere Gewissheit durchglühte ihn, daß auch sie ihn lieben müsse. Und deshalb wollte er ihr — nein, nicht verzeihen wollte er ihr. Nicht verzeihen! Er ließ diesen Gedanken von sich wie das lächerliche Gebahren eines ihm wesenstrem gewordenen Menschen.

Was sie ihm auch gesagt hatte in ihrem Zorn und was sie auch getan hatte in dieser Stunde lebensschafflichen Wahnsinns sollte das aufwiegen die Jahre treuer Liebe? Die waren Wahrheit eine auch von ihr nicht zu zerstörende Wirklichkeit. Er mußte es besser als sie. Nicht verzeihen wollte er ihr, aber sie schätzen und ihr helfen gegen ihre eigene Verblendung.

Was geschehen war, stand in einem früheren Buche des Lebens, das gefüllt war mit ihrer beider Torheit und Schuld. Jetzt aber war ein neues aufgeschlagen. Wo Liebe ist, was bedeutet da Recht oder Unrecht? Wo der Wille zum Guten ist, was bedeutet da Sünde und Schuld? Wenn man emporksteigt, was tut's, ob man strauchelt und fällt? Wenn man nur steigt!

Diese Gedanken wuchsen in ihm, entfalteten sich immer mächtiger, während die Sonne ihn durchglühte und der Wind ihn durchwehte. Am späten Nachmittag kam er heim. Die Kinder sprangen ihm entgegen, Elisabeth folgte ihnen.

Sein Herz war so voll, daß er sich am liebsten gleich mit

ihm ausgesprochen hätte. Aber es war doch noch ein letztes Zögern in ihm. Er ging auf sein Zimmer, sie begleitete ihn. Er sagte, daß er sich waschen und umkleiden wollte. Sie trug ihm Sachen herbei und goß Wasser in seine Schüssel.

Er aber stand in zögernder Verlegenheit und wiederholte, daß er sich umkleiden wollte. Da schoß ihr die Röte ins Gesicht, und sie verließ das Zimmer.

Nachdem er seine Toilette vollendet hatte, begab er sich auf ihr Zimmer. Das Gefühl, sein allzu stürmisches Herz bändigen zu müssen, und auch ein Rest von Unsicherheit gaben seiner Haltung anfangs etwas von dem alten professoralen Ernst und ließen seine Worte trockener herauskommen, als er wollte.

„Ich will morgen nun wirklich abreisen,“ sagte er, „denn ich bin ja völlig wiederhergestellt. — Ueber das, was geschehen ist, habe ich lange nachgedacht und sehe das Ganze jetzt in einem neuen Licht. Es geht einem ja manchmal wunderbar,“ fuhr er mit freierem Lächeln fort. „zuerst sieht man nur das, was einem selbst widerfahren ist, man setzt den anderen auf die Anklagebank und gießt die ganze Schale des Zornes über ihn aus. Aber wenn sie geleert ist, dann sieht man unvermutet selbst auf der Anklagebank, und der andere ergreift das Wort. Was du mir da gesagt hast, das brauche ich dir gewiß nicht alles zu wiederholen. Aber ich meine: trotz allem, was wir gegeneinander hatten — unsere Ehe brauchte deshalb nicht auseinander zu gehen.“

„Das meine ich auch,“ erwiderte sie leise. „Und deshalb solltest du mich gleich mit dir nehmen.“

„Rein!“ antwortete er. „Rein! Du hast mir gesagt, daß Kysel dich liebt, dich ebenso lange geliebt hat wie ich. Und daß auch dir seine Liebe ein Glück bedeutet hat. Das ist eine Tatsache, die ich respektieren muß. Ich will nicht mit ungleichen Waffen gegen deinen Freund kämpfen. Deshalb warte, bis er gesund ist. Sprich dich mit ihm aus und höre, was er dir zu sagen hat. Dann entscheide, zu wem du gehörst. Wenn du dann zu mir zurückkehrst, weiß ich, daß du es aus freiem Willen tust.“

Sie schwieg. Eine so seltsame Wirkung ging in diesem Augenblick von ihm aus. Sie hätte vor ihm niederknien mögen in Ehrfurcht und hätte im selben Augenblick seinen Kopf an sich pressen und sagen mögen: „Du großes Kind!“

Aber sie schwieg. Sie senkte nur den Kopf zum Zeichen ihres Einverständnisses.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen trotz der Verschärfung der politischen Lage einen ungeklärten Verlauf. Insbesondere sind die beiden Delegationen so vernünftig, sich von der nationalstaatlichen Welle, wie sie beispielsweise von polnischen Kreisen in Warschau entfesselt wird, und wie sie unsere Rechtspresse gern entfesseln möchte, nicht stören zu lassen.

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet, ist man bereits über Rahmenverhandlungen hinweggekommen und wird in den nächsten Tagen eines der Kernprobleme im deutsch-polnischen Fragekomplex, die Transitfrage, behandeln. Es handelt sich um den Verkehrsdurchgang von Deutschland nach Rußland und von Ostpreußen durch Polen nach Ostpreußen. Anschließend soll die Frage des polnischen Kohlenexportrechts erörtert werden. Hier hat sich die Stimmung in Ostpreußen für eine Verlängerung des Privilegs äußerst unangünstig gestaltet, da die polnische Industrie von ungefähr 24000 Ökonomie, die bei der Abtretung Ostpreußens in den abgetretenen jetzt polnischen Betrieben Arbeit hatten, rund 20 000 Arbeiter nach Deutsch-Ostpreußen abgehoben hat, wo sie der Fürsorge zur Last fallen und die Arbeitsgelegenheit bedenklich schmälern.

Für die polnischen Wünsche nach Beibehaltung des Kohlenexportprivilegs muß folgendes berücksichtigt werden: Das Genfer Abkommen gestattet Polen die Ausfuhr von 500 000 Tonnen Kohle. Die Verpflichtung zur Abnahme läuft für Deutschland am 15. Juni ab. Wie wir erfahren, verlangen die Polen nun Kohlenausfuhrkontingente in Höhe von 7 Millionen Tonnen pro Jahr, unter Berufung darauf, daß die abgetretene, jetzt polnische Industrie ohne diese Ausfuhrkontingente nicht lebensfähig ist. Es hat sich also eine Situation ähnlich wie in Groß-Britannien herausgebildet. Demgegenüber betonen die deutschen Unternehmer, daß Ostpreußen selbst an Abgabemangel leidet und zumeist Arbeiter hat. Deshalb lehnt sie die Kontingente energisch ab mit der Begründung, daß, wenn die Einfuhr von polnischer Kohle später notwendig würde, diese auch freiwillig hereinzunehmen wäre.

Ein neues Beispiel der Kartellmishwirtschaft.

Während in der Schwerindustrie eine neue Periode kräftiger Kartellbildung begonnen hat, sind die Kartellerscheinungen in der Leichtindustrie noch immer nicht überwunden. Eine ganze Reihe von Kartellen wurde durch die Rechtsprechung des Kartellgerichts gesprengt oder wenigstens unwirksam gemacht, wenn sie sich nicht eine Neuorganisation zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse entschlossen. Manche Kartelle bestehen nur noch dem Namen nach, üben aber trotzdem durch ihre Satzungen auf ihre Mitglieder einen Druck in der Preispolitik aus, wenn diese es sich gefallen lassen, obwohl dieser Druck nach hohen Preisen infolge der allgemeinen Wirtschaftslage gar nicht allgemein aufrechterhalten werden kann.

Solche Zustände haben, wie das Kartellgericht in einer Entscheidung vom 19. Februar 1925 darlegt, in dem Kohlenleitungs-Verband in Charlottenburg geherrscht. Dort hatte eine Firma in Düsseldorf den sofortigen Austritt verlangt und dabei geltend gemacht, daß infolge der rückläufigen Konjunktur ein wilder Konkurrenzkampf nicht nur mit den Außenleitern, sondern vor allem auch unter den Verbandfirmen herrsche; das eine Verbandmitglied habe der Konkurrenz selbst ertötet, es beabsichtige, in jedem Falle die Düsseldorf-Firma zu unterbieten; die Einhaltung der Kartellbestimmungen über die Abgabepflicht und die Gewinnbeteiligung führe in der heutigen Zeit zum sicheren Ruin; zurzeit seien nur noch 18 Verbandfirmen vorhanden, denen 68 Außenleiter gegenüberstünden.

Das Kartellgericht führt nun in der Entscheidung aus, daß, wie der Geschäftsführer des Verbandes selbst zugebe, im Verband Firmen maßlos unterboten hätten und daß der Verband die dem Schutze der Mitglieder gegen ihre Auswüchse der freien Konkurrenz dienenden Ausführungsbestimmungen durch Nichtanwendung stillschweigend außer Kraft gesetzt hätte; die noch in Geltung gebliebenen Ausführungsbestimmungen über die Melde-

pflicht seien im Gegenteil geeignet, den übrigen Verbandsmitgliedern den Einblick in die Geschäftsverbindungen der zunächst beteiligten Firmen zu erleichtern und der Konkurrenz innerhalb des Verbandes Gelegenheit zu geben, jene zu unterbieten. Deshalb ist auch in diesem Falle vom Gericht die Kündigung der Düsseldorf-Firma für zulässig erklärt worden.

Man sieht, es geht im deutschen Kartellwesen noch vieles drunter und drüber. Die Rechtsunsicherheit, die in weiten Formeln den Kartellbestimmungen unterliegenden Kreisen der Industrie eingerissen ist, kann leicht zu einem Hemmnis für einen Preisabbau auf gesunder Kalkulationsgrundlage werden.

Eine merkwürdige Preis- und Kostenstatistik.

Die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer gibt allmonatlich eine Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse heraus. Erstere sollen die Kosten der Produktion, letztere den erzielten Erlös für die Produkte beleuchten. Diese Zusammenstellungen nehmen sich sehr merkwürdig aus. Man merkt ihnen den tendenziösen Charakter schon von weitem an.

Da ist zunächst die Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel. Neun Artikel werden hier der Berechnung zugrunde gelegt. Unter ihnen befindet sich sogar das für die Landwirtschaft bestimmt nicht sehr bedeutungsvolle Stabeisen, das mit 34 Proz. Verteuerung gegenüber dem Jahre 1913 erscheint. Das könnte man noch hinnehmen, wenn auch gleichzeitig eine Angabe über die Landarbeiterlöhne, die doch nach den Erklärungen der landwirtschaftlichen Unternehmer einen sehr beachtenswerten Faktor in der landwirtschaftlichen Produktionsrechnung ausmachen, zu finden wäre. Das ist nicht der Fall. Mit keinem Wort wird hierauf eingegangen. Sollte das an der Tatsache liegen, daß die Landarbeiterlöhne immer noch in keinem Verhältnis zur Vorkriegszeit stehen und deshalb das Bild über das Kostenkonto der Landwirtschaft etwas zu günstig beeinflusst wird?

Bei der Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse verhält man sich, gemessen an der Zusammenstellung der Preise für Betriebsmittel, außerordentlich zurückhaltend. Hier stützt man sich nur auf fünf Artikel, von denen drei (Kartoffeln, Öfen- und Schweinefleisch) noch zu der Gattung der billigsten gehören. Das Warum wird einem verständlich, wenn man sich das auf diese Weise zustandekommende Gesamtbild etwas näher ansieht. Von den neun landwirtschaftlichen Betriebsartikeln gehen acht, von den fünf landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur zwei (Butter und Roggen) über die Preisgrenze der Vorkriegszeit hinaus. Was man erzielen will, erzielt man. Jeder Laie sagt sich bei einem derartigen Bild selbstverständlich: „Die Landwirtschaft hat recht, sie ist in einer sehr mißlichen Lage, ihr muß deshalb geholfen werden.“

Diesem Vorgehen gegenüber ist zu verlangen, daß bei den Preisangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse dieselbe Großzügigkeit an den Tag gelegt wird wie bei den Preisangaben

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels per Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	19,50—24,75	Kakao, fettarm	55,00—96,00
Gerstengrütze, lose	19,75—21,00	Kakao, leicht, entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	21,00—22,50	Tee, Souchon, gepackt	350,00—405,00
Hafergrütze, lose	21,75—23,50	Tee, indischer, gepackt	47,00—47,00
Roggenmehl 0/1	19,50—20,50	Inlandszucker bas. mel.	31,50—33,25
Weizenmehl	23,00—25,50	Inlandszucker Raffina	32,00—35,00
Hartweizen	27,00—29,00	Zucker Würfel	35,00—38,75
70% Weizenmehl	19,75—21,50	Kunsthonig	33,00—35,00
Weizen-Auszugmehl	21,25—28,25	Zuckersirup hell l. Elm.	31,00—38,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,50—22,00	Speiseerbsen, l. Elm.	25,50—30,00
Speiseerbsen, kleine	—	Marmelade Einfr. Erdb.	84,00—96,00
Bohnen, weiße, l.eri	20,25—25,00	Marmelade Vierfrucht	35,00—40,00
Langbohnen, handverl.	27,50—30,00	Pflaumenmus l. Eimern	27,00—55,00
Linsen, kleine	15,00—23,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	30,50—43,00	Siedesalz in Säcken	3,70—4,20
Linsen, große	44,00—45,00	Bratenschmalz l. Tiers.	90,00—93,00
Kartoffelmehl	20,50—22,50	Bratenschmalz i. Köbl.	92,00—94,00
Makkaroni, Hartweizen	46,00—58,50	Purelard in Tierces	—
Mehlnudeln	44,50—74,00	Purelard in Packung	91,50—93,75
Bruchreis	15,00—15,75	Speisetalg in Kübeln	65,00—66,00
Bangoon Reis	18,50—19,00	Margarine, Handelsm. i. desgl. II.	66,00—
Tafelreis, glasi. Patna	24,50—32,00	Margarine, Spezialm. i. desgl. II.	66,00—63,00
Tafelreis, Java	32,75—40,00	Molkereibutter l. Fäss.	232,00—231,00
Ringäpfel, amerik.	74,50—79,00	Molkereibutter l. Pck.	232,00—237,00
Geir. Pflaumen 90/100	43,00—45,00	Molkereibutter l. l. Fäss.	205,00—216,00
Pflaumen, entsteint	72,00—78,00	Molkereibutter l. Pck.	216,00—220,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,50—64,00	Auslandbutter in Fäss.	213,00—248,00
Rosinen l. Kist., Candia	60,00—72,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00—40,00
Sultaninen Caraburu	70,00—86,00	Ausl. Speck, geräuchert	95,00—101,00
Korinthen, choice	51,00—58,00	Quadratkäse	28,00—40,00
Mandeln, süße Bari	187,00—195,00	Tilsiter Käse, vollfett	120,00—135,00
Mandeln, bittere Bari	185,00—200,00	Echter Emmentaler	165,00—175,00
Zimt (Cassia)	100,00—105,00	Echter Edamer 40%	120,00—123,00
Kümmel, holländischer	45,00—47,00	30%	80,00—83,00
Schwarz Pfeffer Singap.	95,00—105,00	Ausl. ungerückter. Condensmilch 48/16	20,00—22,50
Weißer Pfeffer	148,00—160,00	Int. gez. Conds - M. 48/14	25,00—
Rohkaffee Brasil	215,00—230,00		
Rohkaffee Zentralam.	250,00—318,00		
Rohkaffee Brasil	270,00—310,00		
Rohkaffee Zentralam.	330,00—400,00		
Röst. Getreide, lose	21,00—24,00		

WO-KHI-Einreibung-Embrocation

Von unerreichter Wirkung bei Behandlung von:
**Rheumatischen u. nervösen Gliederschmerzen,
 Ischias, Zerrungen und Verstauchungen**

Unübertreffliches Sportmassagemittel

Für Heilzwecke in Apotheken, für Massage und Kräftigung in Sportgeschäften, Drogerien, Apotheken 1/2 Fl. M. 5.-, 1/4 Fl. M. 8.- * Wo-Khi-Werk, Berlin, Wilhelmstrasse 121

Putz-, Polierlappen
 Putzwolle
 Schleifertuche
 haben in jeder Menge
 abzugeben
 Gebr. Holzinger
 Neukölln
 Tel.: Neukölln 4543-4547

Hämorrhoiden
 sichere Hilfe
 durch Myrobala-
 num. Benimmt
 schnell Schmerz,
 Entzündung und
 Schwellung. Nur
 äußerlich anzu-
 wenden. M. 2,50.
 In Droger., sonst
 bei Otto Reichel,
 Berlin 41, 12, Eisenbahnstr. 1

Auf Teilzahlung

Möbel

zur Ergänzung
 Sofas, Ruhebetten,
 Schränke, Vertikos,
 Bettstellen, Matratzen
 Waschkommoden,
 Flurgarderoben,
 Metallbettstellen

Glogau

Möbel-Spezialhaus
 Kottbuser Str. 28

direkt an der Hochbahn



Mache aus der Not eine Tugend
 und rauche
KAR MITRI ZIGARETTEN

Albo-Preisausschreiben!

Nachdem das Preisrichterkollegium die Eingänge unseres Preisausschreibens — weit mehr als 60 000 — eingehend auf ihren Reklamewert hin geprüft hat, ist es zu folgendem Resultat gekommen:

Der vorgesehene 1. Preis im Betrage von 5000 konnte aus dem Grunde nicht in bar verteilt werden, weil trotz der zahlreichen Eingänge ein besserer Vers aus der schon vorhanden gewesen:

Est „Albo“, sagt Mutter — weg mit de Butter!

nicht vorhanden war. Dieser vorgesehene Barpreis von 5000 wurde dagegen in Trostpreise umgewandelt, so daß statt 7000 Trostpreise im Werte von je 3 QM. 8700 Trostpreise im Werte von insgesamt 26 100 QM. verteilt werden.

Der 2. Preis im Betrage von 1000 QM. fiel an Frau Emma Tietze, Berlin-Baumschulenweg, Scheiblerstr. 2, für den prägnantesten Satz:

Der Unterschied zwischen Naturbutter und Albo besteht nur im Preise!

Der 3. Preis von 500 QM. wurde Frau Hedwig Wengel, Berlin, Annenstraße 49, zuerkannt für den Reklamewert:

Beim Braten, Backen und beim Kochen hält Albo stets, was sie versprochen!

Fünf 4. Preise von je 200 QM. erhielten: Frau Kowalewski-Charlottenburg, Schillerstr. 5, Frau Wallmann, Berlin, Hasenauer Str. 9, Frau Josef, Berlin-Priedenau, Stobenerstr. 38, Frau Mielke, Berlin-Weidenweg 50, Frau Klein Merker, bei Kreker, Berlin, Warschauer Str. 27.

Ferner wurden fünfzehn 5. Preise à 100 QM. vergeben an: Frau Prütz, Neukölln, Boddinstr. 49, Frau Schild, Rostocker Str. 44, Frau Rakow, Oudenarder Str. 10, Frau Wilms, Britzer Str. 44, Herr Schultze, Heinersdorfer Str. 7, Frau Protz, Diedenhofener Str. 3, Frau Bliese, Buchholzer Str. 16, Frau Pallaske, Eberyst. 39, Frau Paulick, Schöneberg, Grunewaldstr. 93, Frau Lorenz, Altonaer Str. 27, Frau Wassck, Fildinstr. 42, Herr Müller, Jasmunder Str. 14, Frau Chodalla, Waldemarstraße 34, Frau Hansen, Mehnerstr. 2, Herr Bürgel, Weberstr. 13.

Die Geldpreissträger sind von uns bereits benachrichtigt und haben die Barpreise in Empfang genommen und darüber quittiert. Die Empfänger der 8700 Trostpreise im Werte von je 3 QM. werden von uns unter gleichzeitiger Übersendung des Trostpreises bis zum 28. d. M. benachrichtigt.

Anfragen irgend welcher Art, das Preisausschreiben betreffend, können bei der ungeheuren Zahl der Teilnehmer nicht berücksichtigt werden; ebenso können Einsendungen auf Grund der Ausschreibungsbedingungen nicht retourniert werden.

Indem wir allen Einsendern hiermit für ihr Interesse, das sie unserem „Albo“-Preisausschreiben entgegengebracht haben, verbindlichst dank en, sind wir ihr zuversichtlich, daß auch die nichtprämierten Teilnehmer weitere treue Anhänger unserer erstklassigen Albo-Margarine bleiben werden.

Margarinefabrik Albo.

Erfolg
 haben Inserate im
Vorwärts

Teppdecken u. Daunendecken
 kauft man am besten und preiswertesten, nur besten Gebetsat, direkt an Fabrik, wo auch alle Beden ausgeführt werden.
Bernhard Strohmangel,
 Berlin S 14, 72 Wallstraße 72
 (Untergrundbahn Anhalterstraße)

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß- und Klein, mit oder ohne Zubehör, Schlafmatratzen, an Private Bequem Bedienung Katalog 30A frei.
Sisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Rentendruck, aber Kapitalanhäufung!

Angestelltenversicherung und Justiz vor dem Reichstag.

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung des Reichstages um 2 Uhr 20 Minuten und gedenkt des plötzlichen Ablebens der Abg. Frau Dransfeld (S.), die als eine der ersten Frauen in das deutsche Parlament eingetreten sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Koenen (Komm.) Einspruch gegen die Vorgänge in Halle und Reußlän wo Arbeiterblut geflossen sei. Das sei eine ungeheuerliche Einleitung zum Präsidentschaftswahlkampf. Der Redner fordert sofortige Behandlung eines Antrages auf Sicherung der Wahlfreiheit und Dienstenthebung der schuldigen Beamten.

Gegen die sofortige Behandlung dieser Anträge wird Widerspruch erhoben. Abg. Crispian (Soz.) erklärt hierzu, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die sofortige Beratung der kommunalistischen Anträge keinen Widerspruch erhebe.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

Zufuhrsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung

Abg. Lambach (Dnat.) lehnt die sozialdemokratischen Wünsche auf Beseitigung dieser Sonderversicherung ab. Die Angestelltenversicherung müsse aufrechterhalten werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Was wir bei der Schaffung der Angestelltenversicherung vorausgesetzt haben, das ist jetzt eingetroffen, und zwar durch die besondere Art, wie hier die Beiträge eingezogen werden. Die Versicherung sieht eine Zwangslage darin, daß die angesammelten Beiträge wertlos geworden sind. Es handelt sich aber jetzt darum, daß den Menschen, die unter der furchtbaren Not leiden, geholfen wird. Herr Lambach erklärt, nur wenn das Kapital in voller Höhe angesammelt werde, werde die Versicherung bestehen können. Dabei weiß er, daß wir eine Versicherung haben, bei der die Beiträge durch Umlage erhoben werden und die bis heute besteht, nämlich die Unfallversicherung. Es ist also durchaus möglich, daß auch für die Invaliden- und Angestelltenversicherung das Umlageverfahren eingeführt wird. In der heutigen Lage können wir

keine Kapitalien auf lange Sicht ansammeln.

Ein zugrunde gerichtetes Volk, das nicht weiß, wie sich die auswärtige Lage noch gestalten, und ob es seine Existenz aufrechterhalten kann, muß seine Kapitalien erst in den Betrieben und in den Menschen anlegen. Man kann sich kein schlimmeres Verbrechen vorstellen, als daß man die notleidenden Menschen damit tröstelt, daß in der Versicherung Kapitalien angesammelt werden müssen. Was man allen Kreisen sagt, daß sie mit den gegebenen Verhältnissen rechnen müßten, das hat auch hier zu gelten. Die Angestelltenversicherung rechnet nach ihren eigenen Angaben mit einer

Jahreseinnahme von 120 Millionen Mark, mit einer Ausgabe von 20 Millionen Mark.

Sie erzielt also einen Uberschuß von 100 Millionen Mark! Wenn bestritten wird, daß das ein Uberschuß sei, so ist das weiter nichts als ein Streit um Worte. Sie wollen nicht mehr geben, wenn nicht die Beiträge erhöht werden! Auf welchen Kosten wollen Sie aber die Kapitalien ansammeln? Wenn einem Volk das Wasser an der Kehle steht, so müssen die Kapitalien dort hingebracht werden, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Mit einem Viertel von dem, was man heute den Angestellten abnimmt, könnte man die Bedürfnisse der Versicherung befriedigen. Das eigene Kapital der Angestellten, die Gesundheit, wird geschädigt, um Kapitalien anzusammeln. Lassen wir erst die Menschen und die Wirtschaft wieder leistungsfähiger werden, dann können wir daran denken, Kapitalien anzusammeln. Sie (zu den Deutschnationalen) meinen es, wie immer, auch hier nicht ehrlich, Ihre Taten stehen im Widerspruch zu Ihren Worten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) stellt fest, daß die Not der Rentner gebieterisch eine Erhöhung der Renten verlange. Man könne ihnen schon jetzt helfen, ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln, wenn man die Versicherungsgrenze auf 6000 M. erhöht.

Abg. Thiel (D. Vp.) hält eine Annahme der demokratischen Anregungen ohne Ausschussprüfung für unmöglich.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Ausschussbeschlüsse in zweiter und dritter Lesung bestätigt. Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der neben einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung eine entsprechende Erhöhung der Leistungen vorsieht.

Darauf beantragt Abg. Koenen (Komm.) wiederholt die Besprechung der Vorgänge in Halle, Reußlän und Stuttgart. Da wiederum widersprochen wird, kann die Angelegenheit nicht behandelt werden. (Warm b. d. Komm.)

Das Haus legt nunmehr die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes fort beim Reichsjustizministerium.

Abg. Brodau (Dem.) bedauert die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Das zeige sich besonders in der ungeheuren Zahl von Vereidigungsprozessen. Geraberg erschütternd sei es gewesen, als im Rohardt-Prozess in Magdeburg ein Beamter des verstorbenen Reichspräsidenten mitteilen mußte, daß dieser Prozess der 143. Vereidigungsprozess sei, den der Reichspräsident führen mußte. Bezeichnend ist es, daß man sich bemüht hat, Zeugen gegen den Reichspräsidenten zu beschaffen von der Art des Sprig und des Kreil. (Lebh. Zustimmung links.) Ein deutschnationaler Vektor hat dabei hervorragend mitgewirkt. (Hört! hört! links.) Die Aufhebung des Republikbeschulgesetzes und damit des Staatsgerichtshofs ist im Hinblick auf die politischen Verhältnisse zurzeit noch nicht möglich. Die Angriffe gegen den Republikanischen Richterbund wirken sich entschieden zurück. Die Bemerkung des deutschnationalen Redners, der Eintritt in diesen Bund sei Bestimmungslumperei, ist typisch für die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Unschön ist es, daß

republikanische Richter vielfach boykottiert

werden. Wir bedauern, daß die Gründung des Republikanischen Richterbundes notwendig geworden ist. Wäre sie noch nicht erfolgt, so müßte sie jetzt unter allen Umständen erfolgen. Man muß verlangen, daß die ablehnende innere Einstellung eines großen Teils der Richter gegenüber dem neuen Staat sich nicht in der Rechtssprechung auswirkt, wie das jetzt oft zu beobachten ist. In Straf-

prozessen politischer Natur werden Vergehen von Anhängern rechtsstehender Parteien vielfach geringer bestraft als von Anhängern verfassungstreuer Parteien. Die Ehre der Republikaner wird bei den ordentlichen Gerichten geringer geachtet als die Ehre von Monarchisten. Die verfassungsmäßigen Farben der Deutschen Republik genießen vielfach geringeren Schutz als die alten Reichsfarben. Oft lassen Urteile eine antisemitische Einstellung erkennen. Typisch ist der Ausspruch bei einem kürzlich verhandelten Prozeß Severings, daß die Qualität der Minister heute nicht mehr so sei wie früher. Gegen die Demokratische Partei ebenso wie gegen die Sozialdemokratische fiel seinerzeit der Vorwurf, ihre Kassen seien mit ausländischen Geldern gefüllt. Wir waren damals Regierungspartei und forderten Klarstellung im öffentlichen Interesse. Der zuständige bayerische Staatsanwalt lehnte dies ab. Auch eine Beschwerde bei der kaiserlichen Regierung blieb erfolglos mit der Begründung, daß die Versicherung im Wahlkampf gefallen sei. (Hört! hört! links.) Durch ein solches Verhalten fördert die bayerische Regierung das Rechtsempfinden gerade nicht. Unverständlich ist, wie jemand den Magdeburger Richter Bewersdorff noch in Schutz nehmen kann. Das für einen Mann ganz unmögliche

Ausweichen Bewersdorffs

beweist, daß er die ihm vorgeworfene Verurteilung getan hat. Wenn die Urteilsbegründung des Magdeburger Gerichts richtig wäre, dann hätte der königlich preussische Staatsanwalt von 1918 im höchsten

Maße seine Pflicht verletzt, weil er nicht schon damals gegen Ebert eingeschritten ist.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) bittet, den deutschen Juristen die Möglichkeit zu geben, durch Studienreisen im Ausland sich über ausländisches Recht zu unterrichten. Der Redner bedauert die politische Verhöhnung, durch die das deutsche Volk auseinandergerissen werde.

Abg. Dr. Feil-München (Natsoz.) führt Beschwerde über die Unterdrückung der deutschösterreichischen Bewegung durch den Minister Severing und die bayerische Regierung. Die bayerische Regierung sei passivistisch verfahren. Der Redner führt Beschwerde über die Verhaftung des Herrn v. Hennebreck. Man wisse heute noch nicht, weshalb er verhaftet sei. (Zuruf d. Soz.: Bei Barmat weiß man es auch nicht!)

Reichsjustizminister Dr. Frenken teilt mit, daß das Verfahren gegen v. Hennebreck beschleunigt werde.

Abg. Cohnmann-Altona (Dnat.) bringt Gehaltswünsche der Justizbeamten vor.

Der Ratetät wird nach dem Haushaltsausschuß überwiesen. Sodann vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Klausur Vorlesungen Einzelberatung zum Justizetat, kommunistische Anträge über die Vorgänge in Halle. — Schluß 18 Uhr.

An Stelle der verstorbenen Abg. Frau Hedwig Dransfeld (Zentrum) tritt Dr. Emil Koff, Dortmund, in den Reichstag ein.

Die Legende des Barmat-Monopols.

Nicht einmal 1 Prozent der Gesamteinfuhr! — Robert Schmidt und Direktor Pritschow vor dem Landtagsausschuß.

Bark. Dr. Leidig eröffnet die Sitzung und schlägt zunächst vor, einen Beschluß darüber zu fassen, ob die von Bauer überreichten Verteidigungsakten Barmats, die eine ganze Reihe von Verträgen und sonstigen Urkunden enthalten, zu den Verhandlungen zugezogen werden sollen.

Als erster Zeuge wird dann der frühere Reichswirtschaftsminister

Robert Schmidt

vernommen, der bereits am Sonnabend im Reichstagsausschuß eingehende Betundungen gemacht hat. Der Zeuge soll aussagen, ob die Gebrüder Barmat nicht innerhalb der Sozialdemokratie bei ihrer Geschäftsverbindung mit Reichsstellen besonders bevorzugt worden sind.

Schmidt wiederholt seine Darstellung, die er bereits im Reichstagsausschuß gegeben hat. Er weist darauf hin, daß die damaligen Ernährungsverhältnisse sehr traurig waren. Wir waren nicht in der Lage, insbesondere dem blühenden Schmutzhandel an der dänischen und vor allem der holländischen Grenze wirksam entgegenzutreten. Wir waren

froh über jeden Zentner Lebensmittel.

Den wir hereinbekamen, auch auf sohem Wege. Barmat habe damals seines Wissens schon solche Waren hereingebrought. Er wurde auch auf die sogenannte schwarze englische Liste gesetzt, was von deutscher Seite aus für einen Kaufmann ein Ehrenrittel war. Es kam zur Bildung des Diktatorischen Ausschusses, der über die verschiedenen Reichsstellen gesetzt wurde und unumschränkte Vollmachten hatte. Damals bestanden große Kreditwierigkeiten, besonders mit Dänemark und Holland. Barmat trat in dieser Zeit zum erstenmal an uns heran. Er wurde eingeführt durch holländische Parteigenossen. Der Zeuge stellt fest, daß Barmat ihn dreimal in seinem Bureau besucht habe, niemals sei er aber außerhalb mit ihm zusammengelassen. Natürlich habe man in der Unterhaltung auch über politische Dinge und Verhältnisse gesprochen. Barmat beschwerte sich, daß er von den Reichsstellen zurückgedrängt werde, weil er Sozialdemokrat sei. Dann kamen die Angriffe in der Presse, daß Barmat von der gesamten Handelswelt als unzuverlässiger Geschäftsmann angesehen werde.

Bei dem Streit im Rotterdamer Hafen hätten sich die

Arbeiterorganisationen ein großes Verdienst

um die Freigabe der für Deutschland bestimmten Lebensmittel erworben, dagegen habe man von der deutschen Gesandtschaft einen recht üblen Eindruck gehabt, denn sie hatte keine Ahnung, was für den Handel und Verkehr vom Standpunkte der deutschen Interessen notwendig war. Die über den Streit dem Reichswirtschaftsministerium damals zugeleiteten Berichte seien völlig falsch gewesen. Das konnte nur darauf zurückzuführen sein, daß die Herren von der Gesandtschaft keine Verbindung mit den Streikenden und den Arbeiterorganisationen hatten. Dadurch ist die Abwendung der Lebensmittel nach Deutschland erheblich verzögert worden. Aus keinem der Revisionsberichte, so erklärt der Zeuge, geht hervor, daß ich irgendein Geschäft unterstützt oder begünstigt habe. Entgegen der Behauptung, daß er angewiesen hätte, das Geschäft mit Barmat abzuschließen, weist der Zeuge darauf hin, daß in einem Briefe des Herrn Pritschow an Barmat gesagt wird, er, Pritschow, sei mit der Aufhebung des Geschäftes einverstanden und der Minister Schmidt würde nachträglich wahrheitsgemäß auch der Aufhebung zustimmen. Dann habe es in der Presse geheißen, er, der Minister, habe die Anweisung gegeben. Eine solche Unterstellung sei ihm in seinem politischen Leben noch nicht vorgekommen. Er habe hier einwandfrei gehandelt.

Zu der Behauptung, daß er infolge des persönlichen Verkehrs mit Barmat auch enge Beziehungen geschäftlicher Art unterhalten hätte, erklärt der Zeuge: Ich habe niemals an Barmats „Lufullischen Wägen“ im Hotel Bristol teilgenommen. Ich kann unter meinem Eide aussagen, daß ich niemals mit Barmat irgendwo oder irgendwie zusammengetroffen bin, außer dreimal in meinem Bureau.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nach dem Schreiben der Bochumer Handelskammer und nach der darauf folgenden amtlichen Erklärung eine Untersuchung über die Zuverlässigkeit Barmats angestellt wurde, erklärt der Zeuge, daß wohl eine Unter-

suchung stattgefunden habe, insbesondere hinsichtlich der Bemühungen Barmats, einen höheren Preis zu erhalten als die Konkurrenz.

Der Vorsitzende stellt fest, daß damals nicht bekannt war, daß es sich um

eine anonyme Zuschrift an die Bochumer Handelskammer

handelte. Auch in der amtlichen Erklärung sei nicht von einem anonymen Schreiben die Rede.

Der Zeuge bekundet weiter, daß auf Grund der amtlichen Notiz und der Erklärungen in der Nationalversammlung irgendwelche offiziellen Anweisungen betreffs Barmats an die einzelnen Stellen von ihm nicht ergangen sind. Es sei auch niemand an ihn herangetreten. Hinsichtlich der Aussage des Zeugen Staudinger, daß Barmat nicht besser und nicht schlechter behandelt werden solle als andere Bewerber, daß ihm aber von vornherein die Türen nicht verschlossen werden sollten, bestätigt Zeuge Schmidt die Richtigkeit dieser Aussage.

Soweit sich der Zeuge entsinnen kann, sind einzelne politische Persönlichkeiten nur insoweit herangetreten, als sie ihn zur Kenntnis brachten, daß Barmat sich über Zuzulassung seitens der einzelnen Stellen beklage. Um direkte Empfehlungen könne es sich dabei nicht handeln.

Es wird darauf in die Fragestellung an den Zeugen eingetreten. Auf Anfrage des Abg. Könnede (Dnat.) erklärt Zeuge Robert Schmidt mit erhobener Stimme, daß er von keinem der im Revisionsausschuß sitzenden Leiter der Reichsstellen jemals aufgefordert wurde, sich mit der Sache Barmat zu befassen. Wenn die Leute bei Direktor Pritschow keinen Erfolg hatten, hätten sie die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Ich kann nicht im einzelnen sagen, ob Pritschow mir über die verschiedenen Beschwerden Vortrag gehalten hat. Vortrag gehalten wurde über Beschwerden verschiedener Geschäftsteile, ob über Barmat, ist mir nicht bekannt.

Abg. Könnede (Dnat.) fragt, ob Heilmann in Sachen Barmats beim Zeugen Minister a. D. Schmidt gewesen ist.

Zeuge Schmidt erwidert, daß er das nicht mit Bestimmtheit sagen könne. Heilmann sei mehrere Male bei ihm gewesen, um sich Informationen über wirtschaftspolitische Dinge für die „Politische Korrespondenz“ zu holen. Es sei möglich, daß dabei über Barmat gesprochen wurde, daß aber Heilmann wegen Barmat allein kam, glaube er nicht. Unter seinem Eide könne er das aber nicht aussagen.

Darauf tritt eine Mittagspause ein.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Waentig (Soz.) erklärt der Zeuge: Ich möchte nicht behaupten, ob nicht einmal jemand zu mir gekommen ist mit dem Anliegen, ich solle mit Barmat nicht abschließen. Jedenfalls habe ich Leute, die aus Holland zu mir kamen, gefragt, was ist denn mit Barmat eigentlich los?

Ich habe aber niemals ein Tatsachenmaterial in Händen gehabt, das mein Urteil hätte ändern können.

Hierauf wird

Direktor Pritschow

vernommen, der ausführt, er habe seinerzeit im engsten Einvernehmen mit dem Minister gearbeitet. Bei Begründung der Devisenbeschaffungsstelle habe er das Amt des Vorsitzenden übernommen, ferner sei er Vorsitzender im Devisenbeirat gewesen. In der Zeit von Mai bis September 1919 sei man darauf angewiesen gewesen, zur Erlangung von Privatkrediten jeden aus dem Auslande taumelnden Kaufmann oder Bankier zu empfangen. Im Mai 1919 sei er dann auch das erste Mal mit Barmat zusammengelassen. Durch wen er vorgestellt worden sei, entsinne er sich nicht. Seine Befugnisse habe der Ausschuss erst im September 1919 vermindert. Barmat habe günstige Zahlungs- und auch Lieferungsangebote gemacht. Es habe sich insgesamt um Kreditgeschäfte mit Barmat in Höhe von etwa 20 Millionen Gulden, d. i. circa 30 Millionen Goldmark, gehandelt. Aus dem Bericht der Devisenbeschaffungsstelle gehe aber hervor, daß an die Reichsstelle 40 Millionen Gulden, an die Reichsstelle 30 Millionen an die Reichsstelle für Dele und Seite 35, an die übrigen Stellen zusammen 38 Millionen Gulden gegeben worden seien. Im Jahre 1920, in dem an Barmat auch noch Aufträge im gleichen Umlage erteilt worden seien, habe sich der Bedarf der Reichsstelle an Devisen so: die Bezahlung der Einfuhr auf

Suppen?

Ob Wasser-, Obst-, Milch-, Gemüse- oder Fleischsuppen. Mondamin ist das beste Bindemittel. Mondamin macht die Suppe nicht kleisterhaft wie Kartoffelmehl und bildet keine Klümpchen wie manchmal Weizen- oder Roggenmehl. Wollen Sie ausgezeichnete, sämige und gut gebundene Suppen haben, dann nehmen Sie als Bindemittel nur

MONDAMIN

Deutsches Bürgertum.



1848



1925

O. KOESTER

Der Kaiser von China.

Von H. Jffahatian.

Der Sohn des Himmels, Boghdichan Djin-Schi-Choang-Ti, Holz und erhaben wie der Himmel selbst, sah flatter und unarmherzig auf seinem Thron aus Eisenblei mit Diamanten geschmückt.

In seinen Augen stürzte das empörte Gelbe Meer, das die Küsten Chinas zertrübt. Und auf seiner düsteren Stirne wimmelten Runzeln wie Schlangen aus der Wüste Gobi.

Er sah trübsinnig grübelnd da, wie eine schwarze Wolke, die in ihrer Brust Blitz und Donner birgt.

Vor seinem Throne lagen am Boden, ihre trostlosen Stirnen auf die Marmorplatten gepreßt, die berühmtesten Weisenden und Weisen der chinesischen Welt — vierhundertundfünfzig mit weißen Haarwellen bedeckte Schädel. Sie lagen alle am Boden hingestreckt wie Kornfelder vor dem Sturm.

Und der Kaiser donnerte:

„Ist die stolze Sternwarte da auf dem Turme der Geister schon verbrannt, in Asche und Rauch zerstoßen?“

„Ja, dein göttlicher Befehl ist vollstreckt, o Herr des Himmels und der Erde; der Turm und die Sternwarte sind verbrannt, in Asche und Rauch zerstoßen,“ antwortete erschrocken der erste Minister, die Stirn auf dem Boden schlagend.

Und abermals donnerte der Kaiser:

„Sind auch alle Bücher, Folianten und Pergamente in meinem ganzen Reiche, die sich bemühen, die Geheimnisse und Ursachen des Weltalls zu ergünden, den menschlichen Geist aber nur betrügen und irreführen, verbrannt und in Asche und Rauch verwanandelt?“

„Ja, du Sonne des Himmels, du Himmel der Erde, sie werden jeden Augenblick gesammelt und auf dem Platz vor deinem Palaste verbrannt; dein allmächtiger Wille ist geschehen,“ antwortete der erste Minister, mit der Stirn den Boden schartend.

„Nun verflücht mir, ihr Weisenden und Weisen, die ihr den Himmel und die Erde, den Geist des Menschen und der Tiere, kurz alles durchforscht, verflücht mir, weswegen lebt der Mensch, was ist der Zweck und das Ziel des Lebens, was ist der Stoff, was ist die Kraft und was ist ihr Sinn? Antwortet mir! Sagt, was ist die Welt? Warum ist das Weltall erschaffen? Nennt mir seinen Anfang und sein Ende! Und sagt noch zuseht, was ist die Zeit und der Raum, und was ist deren Sinn?“

Eine Wüstenstille verbreitete sich.

„Dies alles weißt du tausendmal besser als wir, o du großer Kaiser, du Adler unter den Kaisern, du, der als Sohn des Himmels von der Sonne herabstieg — du weißt es besser als wir,“ erwiderte ehrfürchtig der Kellner mit seinem greisen Haupt.

„Gib mir Antwort auf meine Frage, Alter! — Wenn ihr es alle nicht wißt, warum schreit ihr da und schreit euch die Kehlen aus auf euren Schuhen. Sprich! Antworte!“

„Mein allmächtiger Herr, wie können allerlei beantworten und erklären, wenn es deinen himmlischen Ohren wohlgefällt. Aber das „Was und Wozu“ wissen wir nicht. So unheimlich groß und grenzenlos, so unendlich ist das Weltall, daß wir einem Menschen gleichen, der am Ufer des Ozeans steht, einen Tropfen Wasser schöpft und diesen Tropfen betrachtet, als ob er in ihm den ganzen Ozean begreifen könnte. Ohnmächtig ist der Mensch wie die im Schlamm liegenden Würmer. Jede Erscheinung hat ihre Ursache und ihre Folge. Wir stehen auf der obersten Stufe der Ursachenleiter; und wenn wir noch den Ursachen forschen, Stufe für Stufe in die tiefen Abgründe des Weltalls hinabsteigen, schmilzt und verdunstet unser Verstand wie ein Regentropfen in der Sonnenglut. — Und niemand kann bis zur untersten Stufe hinabsteigen, weil sie nicht vorhanden ist. Alles, was wir sehen, hören oder fühlen, ist die Frucht der Mutterursache des Weltalls. Wir halten in unseren Händen nur den letzten Ring von der Kette aller Ursachen, und die übrigen Ringe sind in der Unendlichkeit verborgen, und niemand kann den ersten Ring erfassen, weil er nicht vorhanden ist.“

Wie Donner erschallte die Stimme des Kaisers — der ganze Palast widerhallte:

„Was nützt mir das, was ich sehe, höre und fühle?! — Schon das Kind begreift die Dinge so, wie es sie empfindet und sich vorstellt. Der Inhalt des Weltalls ist mir gleichgültig. Ich will sein Wesen erkennen, seine Ursachen, die Zeit und den Raum. Antwortet mir oder sterbt alle!“

Und die gelben Meere seiner grausamen Augen stürzten wieder rasend. Und alle Weisenden und Weisen bebten wie Lotosblätter.

„O Sohn des Himmels, du erlauchter Geist, du Herr über unser Leben und unseren Tod, heilig ist dein Wille und deine Sehnsucht nach der Erkenntnis. Aber selbst der große Sakia-Muni-Buddha, der Himalaya des Tiefen, selbst der große Zarathustra, der goldene Stern der arischen Welt, selbst der große Konfuzius und der große

Saotse, aus deren Mund der Gott der Zeit und der Ewigkeit und Unendlichkeit sprach, sie sogar vermochten es nicht, eine kleine Falte des Vorhanges vor den unerreichbaren Geheimnissen des Weltalls zu heben.“

Wie die vom Sturm erschütterten Wasser des gelben Meeres, die die Felsenküste Chinas abnagen, um die Erdenfessel zu sprengen, brüllte der Kaiser, hoffnungslos zergrübelt:

„Zum Henker mit euch, ihr sollt mir alle sterben, wenn ihr mir nicht die Ursache, das Wesen und das Ziel der Zeit und des Raumes erklären könnt!“

Von Jörn und Verzweiflung empört, häumte sich der Kellner der Weisen auf, schlug mit seinem Stab auf den Marmorboden, schüttelte seine graue Mähne und sprach vermessend dem Kaiser ins Gesicht:

„Du Herrscher von Sklaven! Ohne Gestalt, ohne Anfang und Ende, unbegrenzt und unbegreiflich ist das Weltall mit seiner Zeit und dem Raum. Unzählige Sterne und Sonnen entstehen, erscheinen und schwinden wie Augenblicke in der Ewigkeit, wie kleine Aufschwin im Ozean. Das Weltall ist voll von Myriaden Sonnen und Sternen, wie die ungeheuren Getreidekammern des Kaisers voll sind von Reiskörnern, die Bergkuppen von Schaffherden und die Felder von edlen Pferden. Und wenn es dem Kaiser von Sklaven gelingt, das feurige Hämmer zu finden und zu besteigen, um schneller als das Licht und der Gedanke im Laufschritt eines Augenblicks die Sonne zu erreichen und noch über die Sonne hinaus immer im gleichen Flug unzählige, unzählige, unzählige Jahrhunderte lang durch die Weltallräume zu rasen, dann wird er auch nicht um eines Haares Breite von seinem Throne erniedert sein — so ungeheuer und unbegreiflich ist das Weltall. Das ist alles, was wir dir sagen können. Töte uns! Du Sohn des Himmels solltest wissen, was wir nicht wissen können.“

„Ich weiß es, ja, ich allein weiß es,“ brüllte der Kaiser. „Ich weiß es, weil ich alles erschaffen habe: das Weltall, die Zeit und den Raum. Es ist nichts — weder Sonne noch Sterne, noch das Gute und Böse, noch Kraft und Stoff, noch Mensch und Tier — außer mir! Nur ich bin! Und alles andere habe ich geschaffen, auch den Geist des Menschen. Und ich bin der Gott, der Schöpfer des Weltalls. Es gibt tatsächlich keine Wirklichkeit außer meinem Gedanken und meinem Willen. Ich denke, ich will — und das Weltall wird erschaffen. Ich töte euch und eure Seele, dann wird auch das ganze Weltall rings um euch, das nur in eurer Vorstellung lebt, sterben. — Fort mit euch! Alle zum Richtplatz!“

Und der große Minister beugte entsezt seinen Kopf vor dem grausamen, unerbittlichen Kaiser. Und man führte alle Weisen ab, um sie zu töten.

Am folgenden Tage schlich der große Minister zum Kaiser hinein und meldete ihm, daß alle enthauptet seien.

Da zuckten Blitze aus den finsternen Augen des Kaisers — und er befahl:

„Verkündet von den großen Rauern bis zu den Toren des himmelhohen Himalayagebirges und bis an die Küsten des Großen Ozeans, daß fürderhin in den Grenzen des himmlischen Reiches kein Buch mehr geschrieben werden, daß man nicht mehr über das „Was und Wozu“ grübeln, über das Ziel des Lebens, den Stoff und die Kraft nachdenken darf, daß die Geheimnisse des Weltalls nicht erforscht werden dürfen und daß man nicht nach den Ursachen, nach dem Anfang und dem Ende der Dinge fragen soll. Von nun an kein einziges Wort mehr über die Sterne und die Sonnen und besonders kein Geflüster mehr über Zeit und Raum — nie mehr — nie.“

„Verkündet von Welt zu Welt, daß der Kaiser von China den Geist und den Gedanken tötete, weil der Geist zur Verzweiflung führt und der Gedanke zum Lobe. Fort mit dem Geist und dem Gedanken! Es lebe das Leben, das unbewußte und sinnlose Leben! Mein Volk soll ohne Geist und Gedanken trübselig und glücklich im Nichtwissen leben! Es soll sich vermehren und unter den belebenden Küffen der Sonne lieben und genießen! Ich habe den grübelnden Geist und den forschenden Gedanken getötet und mein Volk vom Seide der Verzweiflung befreit. Ich habe das Weltall vernichtet und den Menschen erlöst.“

Am Abend fanden die Höflinge den Kaiser tot auf seinem Thron; er hatte sich den Dolch ins Herz gestoßen.

Seit jenem Tage sind zwanzig Jahrhunderte über das Grab des Boghdichans dahingeglichen, und der leidende und grübelnde Geist des Menschen steigt Stufe für Stufe die endlose Leiter in die Tiefe des Weltalls hinunter. — Aber noch um keines Haares Breite hat er sich von seinem Ausgangspunkte entfernt. —

Und das Weltall ist, weil wir das „Es — ist — nicht“ nicht verstehen können.

(Was den Urnenföhen überblick von Eignis! Relativität und Prinzipia Reeren.)

Jilles Mappen.

Von Rudolf Dante.

Jille hat seine Mappen ausgebreitet. Eine Anzahl an Skizzen — in Jahrzehnten berghoch angesammelt — füllt zu Tausenden gebündelt einen Kofferkasten! Manchmal bei der Arbeit blüht ihm ein Erinnerungsbild auf — ein Kindergesicht, ein Frauenprofil, das er gezeichnet will. „Und schon geht der Sucher los. Da muß ich denn aber morgens mit anfangen, wenn ich's abends haben will.“ — Da sind — „nißt wie'n Kreis mit vorn 'n paar Föcher“ — die ganz Kleinen. „Es hätte ein Beduinenhüter alle seine Fälle festhalten wollen! Aber dann sind sie unter seiner Hand gemachsen, lassen sich schon rumtragen — und der Zeigefinger ist aus 'm Mund in die Nase gerutscht.“ Und wie so 'ne Jahre abgehauen werden muß, weiß Jille besser, als manche Kurfürstendammutter. Aber dafür hat er auch auf der Bauer selejen — „wo't immer was zu zeichnen jab!“

Seht blättert er wie in einem Tagebuch. „Wat meinen Sie, wie komisch die Menschen sind! Wenn ei sich um's Photographieren handelt, kommen se alle anstooken — aber wenn man mol einen zeichnen will, wackn se venen mit de Dogen aus de Zacks hohet. Et muß ihnen wohl peinlich sein, dat se irrendwie durch 'ne Absonderlichkeit uffgefallen sind. Ganz schlimm war dat, wenn id in der Geistesrichen Kinder zeichnete, wo die Mütter dabei waren. Die dachten denn, dat id ihnen am Ende wat anhegen würde.“ — Und so hat er oft Zeichnungen gemacht, ohne sein Modell oder sein Papier dabei anzusehen.

„Ich rüde ihm einen Stuck zurecht, aber Jille lehnt ab. „Watt-beene hab id souwiejo“ — und langt ein anderes Paket her: „Dat sind alles Frauen“ — die meisten mit Hoffnung — „selegnete Armut! Reutich schreid erst wieder ecne, ob id mich noch erintere, wie id se als Kind immer habe uff't Knie reiden lassen. Jetzt will se schon mit's Sechste niederkommen.“

Da sind Studien aus der Armenküche in der Kleinen Auguststraße. Hierbei hab id schwindeln müssen. Ruppe — Tappe — Eimer? Ree — Konserndbüchsen, vorher irrendwie aus'm Müllkasten jeholt — die bieten se hin! Et waren aber auch ganz Schlawe da, die nur bei Dide wollten — und die Suppe „einsch durch de Mäze rennen ließen.“

Während des Zusammenpackens fällt ihm immer noch was ein: „Ja, sehn Se mal — die hier. Die war bloß wochentags schön, Sonntags war se zu sein anjezojen. Und ene Sorje plagte se zitlebens: Dat ihre Wohnung so'ne helle Tapete hatte. Herr Jille, sagte se mal, da sind ja de Wogenflecke so sehr druff zu sehn.“

Was Jille so zu zeigen und zu erzählen weiß, was hunderte von Blättern, manche nur so groß wie ein Straßenbahnfahrchein, an erschütternder Fülle bergen — es ist die Gedächtnis, in der die „Kinder der Straße“ zur Welt gekommen sind. — „Wa ich frage, was einmal mit all den Arbeiten werden soll, guckt Jille von unten hoch, läßt die Augen ganz rechts in die Winkel rollen und zeigt mit dem Daumen in die Ecke, wo der Ofen steht: „Dat“ — aber er verschert mir, mein erschrockenes Gesicht bemerkend: „Vorher muß id aber noch überall die Rückseite benutzen.“

Sternenstaub. Die Astronomen haben schätzungsweise berechnet, daß mehr als 12000 Tonnen Sternenstaub jährlich auf die Erde fallen. Dieser Staub kann von einem Kometen herrühren oder von zwei großen Sternen, die im Weltall zusammengefallen sind oder von irgendeiner anderen kosmischen Katastrophe. Gewöhnlich erreichen diese Trümmer von Himmelskörpern die Oberfläche der Erde als feiner Staub, aber sie treten in unsere Atmosphäre in der Form von Meteoriten ein oder, wie wir sagen, von Sternschnuppen. Die Sternschnuppen sind kleine Massen, gewöhnlich aus Eisen und Stein, die mit ungeheurer Geschwindigkeit auf unsere Atmosphäre zurufen, durch die Reibung mit der Luft ins Glühende kommen und in wenigen Sekunden entweder verzeht werden oder mit großer Gewalt explodieren. Die Asche fällt dann als Sternenstaub auf die Erde. In Anbetracht der ungeheuren Zahl von Meteoriten, die stündlich in die Atmosphäre der Erde stürzen, ist die Schätzung von 12000 Tonnen jährlich sehr bescheiden. Der englische Astronom W. J. C. Murray möchte eine viel größere Masse annehmen. Durchschnittlich sind in einer Stunde am ganzen Nachthimmel zwischen 30 bis 60 Meteore sichtbar, und da sie sich auf einen Raum von wenigen hundert Meilen verteilen, so kann man die Gesamtzahl der Meteore auf mehrere Millionen täglich annehmen. Dieser Sternschnuppenfall dauert das ganze Jahr an; er hat gegenwärtig seine geringste Menge und erreicht seine Höchstzahl im Herbst. Man kann annehmen, daß täglich gegen 100 Tonnen Sternenstaub auf die Erde stürzen, aber doch würde es Millionen von Jahren in Anspruch nehmen, bis genügend Staub herabgefallen ist, um den Erdball in einer Höhe von einem Zoll zu bedecken. Immerhin ist es ein eigenartiger Gedanke, wenn wir uns fragen müssen, daß gar manches von dem feinen Staub, den wir auf unseren Tischen und unseren Schränken finden, von einem anderen Stern herrührt. Ab und zu hat man auch größere Mengen von Sternenstaub beobachtet. Ein solcher Sternenstaubregen, der in Grönland niederfiel, wurde von Peary berichtet und soll ein Gewicht von 36½ Tonnen gehabt haben.

Die Woche der Vorzugpreise

Beginn: Heute, Mittwoch, den 18. März, 9 Uhr vormittags
Meine Angebote sind mehr als billig
Benutzen Sie möglichst den Vormittag zum Einkauf

Damen - Konfektion

- Voll-Voile-Blusen** weiß u. farbig, teils mit Säumen, Hoblium und Stickergerüstur 1 95
- Blusen** in Seidenrik, Crepe de Chine, Samt u. Woll, mod. Jumper u. Kasakformen 2 95
- Kleider** Belowell, Cheviot, moderne schotten, Gabardine, Wolfrisp, Crepe de Chine, Seidenrik, Taffel 7 50
- Kostümröcke** einfarbig u. in modern. Streif. alle Stoffarten 2 95
- Mäntel** einfarbig u. gemustert, Flansch, Valenciennes, Trik. Rippe u. Doneg. i. mod. Ausf. 39.50, 24.50, 17.50 bis 5 95
- Kostüme** in guter Verarbeitung und modern. Formen 43.50, 39.50, 24.50, 19.75 14 75
- Unterröcke** Tuch u. Halbfl., Satin, Alpaka, Trikot usw. in schwarz u. farbig 1 95
- Strickwesten** u. Jacken in vielen modernen Farben 19.75, 13.75, 10.75 7 75

Mengenabgabe bei einzelnen Artikeln vorbehalten
Kein Um ausch, keine Änderung
Besichtigen Sie unsere Schaufenster

Kleiderstoffe

- Donegal** ca. 130 und 140 cm breit für Kostüme Mtr. 2.75 1 95
- Schotten u. Streifen** ca. 100 cm breit, in groß. Norm. Mtr. 2.60 1 95
- Popeline** ca. 100 cm br., reine Woll (gr. Farbensort. Mtr. 4.50) 3 95
- Cheviot** Reine Woll, ca. 130 cm br., marine u. schwarz Mtr. 3.40 2 80
- Crêpe Marocain** in aparter Ausf. Mtr. 1.95 1 45
- Popeline u. Serge** mit seidnen Streifen Mtr. 1.45 95 Pf.
- Covert-Coat** ca. 130 und 140 cm breit, reine Woll, schwarze Qualität für Mäntel 6 90
- Perkal** ein. mod. Streifen Mtr. 78 58 Pf.

Ein gr. Herrenstoffe weit unter Preis!

Preiswerte Damenwäsche

- Damen-Taghemd** Tragenform aus gutem Hemdenstoff mit Hoblium u. Stickergerüstur Mtr. 1.35 90 Pf.
- Damen-Taghemd** in Hemdenstoff mit Laugewebe und Stickergerüstur 1 45
- Damen-Nachthemd** Schlafhemd aus gutem Wäscheuch mit Hoblium und Koppelpolizei 2 85
- Garnitur** Hemd und Beinkleid, aus LaWäscheuch u. Stickergerüstur oder Zwirnpolizei, reich garniert 3 95
- Garnitur** Hemd und Beinkleid aus Wäscheuch mit Valenciennespolizei eleg. Ausführung 7 50
- Prinzebrock** aus gutem Wäscheuch mit Hoblium 1 95
- Herren-Nachthemd** in Hemdenstoff mit bunter Bord, Umlegekragen und Halsst. 4 50

Weiß- u. Baumwollwaren

- Hemdenhuch** rein mittelfeine Ware . Mtr. 25 68 Pf.
- Renforcé** beid. gute weiche Ware Mtr. 1 10 95 Pf.
- Louisianatuch** für Leib- und Bettw. Mtr. 95 78 Pf.
- Körperhemden** ca. 80 cm breit vollgebleicht Mtr. 1 20 88 Pf.
- Handtücher** reu. u. gebündelt, Gerstenkorn- u. Würstelmuster Stück 48 38 Pf.
- Strohhandtücher** in Qual. Gerstenkorn- u. Würstelmuster Stück 1 20 95 Pf.
- Bettgarnitur** Deckbett mit 2 Kissen aus feinem Wäscheuch 6 95
- Bettgarnitur** Damast u. Diabli-Deckbett mit 2 Kissen 17 90
- Bettgarnitur** bund. kariert Deckbett mit 2 Kissen 9 90
- Betttücher** kräftige Qualität Stück 2 95
- Tischtücher** in allen Größen von 2 an 2 95
- Hemdenflanell** helle Streif. Mtr. 1 10 90 Pf.
- Staubtücher** mit Lederhuch 4 Stück 95 Pf.

Gardinen und Teppiche

- Tüll-Gardinen** Mtr. 60 60 Pf.
- Künstler - Garnitur** Tüll und Elamine 4 90
- Madras - Garnitur** hellgrünliche, schön Muster 6 50
- Halbstores** Elamine 3.90 2 90
- Halbstores** Elamine und Tüll 3 90
- Steppdecken** 15.00 12 00
- Steppdecken** doppeltwellig Satin, Handarbeit für Küchen 23 90
- Wachstuche** für Küchentische 1.25 90 Pf.

Jugendliche Glocke 4 85
Lisereit mit Bandgarn



Jugendlicher Hut 5 95
aufwendigste Form, Rückseite m. Lisereitorn.

Lisereitborde Meter 18 Pf.

Tagalborde Meter 28 Pf.

Bunte Oberhemden doppelte Brust, moderne streifen, mit 2 Kragen 6 75

Weisse Oberhemden mit P. kee - Einsatz und fest. Manschet, Ia Qual. 6 90

Herren - Strickweste reine Woll, moderne Farben 8 90

Frontier - Handtücher 50x110 cm groß M. 1.95 1 45

Form Stickerereien mittel-billige breit 88 Pf.

Coupon 3,05 m lang 95 Pf.

Coupon 4,00 m lang 65 Pf.

Korsettschoner 95, 48 Pf.

Hüthalter mit u. ohne Ansatz 2,95, 2,25 1 75

Reform-Korsett ohne Preiswert 3 25

Büstenhalter 1,20, 95, 75 Pf.

Wilhelm Joseph

Großgörschenstraße 1, Schöneberg, Hauptstraße 163

Knorr Dam - Strümpfe billig! schwarz u. braun, 7 m, 6 48 Pf.

Damen - Strümpfe alle mod. Farben 1,75, 1,30 95 Pf.

Herr. - Strümpfe 68, 45, 38 Pf.

Herren - Socken schwarz u. farb. 1,20, 95, 75 Pf.



Apertier Hut Lisereitrand mit Bandkopf und schicker Garnitur 6 95



Jugendl. Lisereit hat mit feiner Band- und Bummengarnierung 7 50

Stangenreiter in schwarz und allen modernen Farben . 3 Stück 1 45

Damen - Schiupl - beinkleid. 1.75, 1.25 95 Pf.

Damen - Schürzen Wieser Form 1.95, 1.45 95 Pf.

Damen - Schürzen Jumper Form 2, 3, 2.75 2 25

Kinderstrümpfe schwarz, Gr. 2-6 Paar 25, 23 Pf.

Herr. - Mako - Hemden in allen Größen 2, 2.5, 2.45 1 95

Strickwolle schwarz gute Qual., 100 gr. 95 Pf.

Einhole - Taschen in vielen Farben 95 Pf.

31 Kostüm - Tage

RIPS, MOULINÉ AUF SEIDE

Beste Stoffe
Keine Reklameware
Für stärkste Figuren.

Jugendliche Kostüme aus moulinéartigen Stoffen 35 - 39 -
1a Tuchmäntel 44 - 29 -
Covercoatmäntel, Herrenform 36 - 22 -
Rips- und Moulinémäntel 65 - 42 -
Entstehende Seidenmäntel 78 - 49 -

Soweit noch Vorrat! Elle geboten
1a Seidglüschmäntel 68 - Seidenplüschmäntel 65 -
Astrachanmäntel 28 - Kriemermäntel 45 -
1a Peizmantel 300 - Peizjacken 135 -
Kleider, Einsegnungskleider, Röcke sehr billig.
Extra-Abteilung: Trauermagazin.
Billige Preise.

Westmann

1. GEHÄFT 2. GEHÄFT
Hohrenzstr. 37a • Gr. Frankfurter Str. 115

Koch, langem, schwarzem Seiden ver-
färbt am 14. März unsere liebe, herzens-
gute Tochter, Schwester, tante, Schwö-
gerin und Nichte, die Rasterin
Gertrud Frey
Gutenfr. 26. im Alter von 82 Jahren
Die Trauerfeier findet am Donner-
stag, den 19. März, abends 6 Uhr,
im Krematorium Gerickestraße statt.

Am Sonntag, 18. März, verschied nach
schwerem langer erkranktem Leben
meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Emma Wohlfarth
im Alter von 47 Jahren. In tiefer Trauer
Wilhelm Wohlfarth u. Söhne.
Trauerfeier Freitag, 20. März, mittags
12 Uhr, Krematorium Gerickestraße.

Verkäufe

Kaumann-Waschmaschinen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilsahlungen, Re-
paratur-Verfahren für alle Systeme.
Emil Kaumann & Co. m. b. H., Fried-
richstraße 104, Berlin.

Höfemagen durch Plattenaufbau auf
meine großen prima Vertreter- und Rollen-
wagen leicht herstellbar. Rie-
dringe Bremsen nur bei Wagner, Rie-
pender Str. 71, Hof Rein Baden. Keine
Schaufenster-Attraktionen, dafür reichlich
billigere Preise.

Vinoleum, Vinoleumläufer, 90 Zenti-
meter, 3.50, Vinoleumteppiche, Vinoleum-
läufer, Preislisten 101, 102, 103,
104, 105, 106.

Höfemagazine Reuter 12, Mois
Reuter 13, Weizen Reuter 14,
Daler Reuter 11, 50, Reuter, Speer-
straße 14.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Teilsahlungen, Besuche, Konfekte, An-
geschäfte kaufen ihre Herren- und Damen-
bekleidung teilsahlweise und nach Maß
einem billigen, bei keiner Teilsahlung
und teilsahlweise leichter Abzahlung.
Überdies Auswahl in Herren-, Frauen-,
Kinder- und Kleinkindern, Kleider, Hüte,
Hosen, Schuhe, etc. etc.

**Konfekte, Sommerkostüme, Ge-
schäftsbesorgung, feinste Blumen,
Kuchen, etc. etc. Nach nur Hermann
Hofmann, früher Kollatschke, und
Marionettstraße 28.**

Schreibmaschinen
Bischoff verleiht Schreibmaschinen,
Charlottenstraße 31, Berlin 6810.

Kaufgesuche
Rehräder kauf Einlenker 10

Unterricht
Englisch, Französisch, Spanisch, Italien,
arabisch, Dänisch, Portugiesisch, Griechi-
sch, Hebräisch, etc.

Verschiedenes
Gemeinnützige Unterrichts-Veranstalt,
Gartenbau, Gärtnerei, Schöneberg, etc.

Arbeitsmarkt
Tüchtiger Maschinenführer, etc.

Tüchtiger Hattformendrehler
von einer großen Hattfabrik in dau-
rende Stellung gesucht, etc.

Tüchtige Aelzer
und Kopierer für Felddruck,
Friedrichstraße 240-41

Gesucht für sofort
ein tüchtiger lediger
**Modell-
plattenformer**

zur Herstellung von Modellplatten
in Gips und Metall. Bei Bewäh-
rung ist die Position entwicklungs-
fähig und aussichtsreich.
Angebot mit Zeugnisabschriften,
Angabe von Referenzen und
eventuell Beiliegung eines Licht-
bildes sind einzureichen
unter B. L. 4452 an Rudolf
Mosse, Breslau.

Kernmacher
1 süddeutsche Maschinenfabrik
per sofort gesucht, Offerten
an Rose, Bozener Str. 14, Leipzig 3118

Arbeiterinnen
ab 15 J. sind in d. Textilbetrieb der
Spinnstoffabrik Zehlendorf G. m. b. H.
Christl Schönow bei Zehlendorf
b. d. h. Arbeitstätigkeit u. hoch. Lohn.
dauernde Arbeitsmöglichkeit.
Personl. Prüfung: 9-10 Uhr vorm.
Sturzbach, Invalidenstraße und letzte
Arbeitsbelegung mitbringen, be-
sondere Arbeitsbelegungen.
Bewerbungen:
Bismarckstraße: bis 10 Uhr vorm.
Bismarckstraße: bis 10 Uhr vorm.
Ringstraße: Invaliden Str. 14, 17, 42, 46,
95, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Nach **NORD-, MITTEL- u. SÜD-AMERIKA**
OSTASIEN - AUSTRALIEN

Regelmäßige Schiffsverbindungen
nach
allen Weltteilen

Hervorragende Reisegelegenheiten in allen
Klassen. Allerbeste Bedienung u. Verpflegung
Kostenlose Auskunft u. Platzbelegung durch
Vertrauensleute des

NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN

In Berlin W 8: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbüro, Unter
den Linden 1 (Hotel Adlon).
In Berlin NW 40: Generalvertretung F. Montanus, Invalidenstr. 93,
zwischen Lehrter und Sietlinger Bahnhof.
In Berlin - Charlottenburg: "Atlantia" Verkehrs-Bureau m. b. H.,
Joachimstraße 5.
In Berlin: Weltreisebureau "Union", Unter den Linden 22.
Nur für Frachten: Norddeutscher Lloyd, Frachtbureau Berlin,
Unter den Linden 37/38.

Möbel

Wohnzimmer, Esszimmer, etc.
Kleiderbügel 110.-, englische Bett-
stellen 45.-, Einzelmöbel, Abzahlung,
Verkauf, etc. etc. etc.

Musikinstrumente

Clarinete, Saxophone, etc.
Klavier, etc. etc. etc.

Fahrräder

Motorräder, etc.
Kleinstes, etc. etc. etc.

KLEINE ANZEIGEN

in der Gesamtauflage
des "Vorwärts" sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Lehrmädchen

im Alter von 14-16 Jahren
für den Verkauf
sofort gesucht.

Meldungen in Begleitung des Vaters
oder Vormundes in der Zeit von 10-12
Uhr vormittags oder 5-6 Uhr nach-
mittags in der Personal-Verwaltung.

Jandorf
Belle-Alliance-Str. 1/2